

# Die machen doch eh, was sie wollen!\*

**Warum DIE LINKE im Landtag wichtig ist**

Bilanz der 6. Wahlperiode

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

\*Aber nur, solange man sie lässt.



# Die machen doch eh, was sie wollen!\*

## **Warum DIE LINKE im Landtag wichtig ist**

Bilanz der 6. Wahlperiode

Mit Chronologie unter  
[www.linksfraktion-sachsen.de/bilanz](http://www.linksfraktion-sachsen.de/bilanz)

\*Aber nur, solange man sie lässt.

# Inhalt

Bilanz & Ausblick.....	5
Kernthemen aus fünf Jahren.....	13
Statistik aller Drucksachen .....	27
Die Volksgesetzgebung lebt auf – für bessere Bildung. Länger gemeinsam lernen!.....	28
Wir zeichnen aus: Anerkennung und Ansporn für eine aktive Zivilgesellschaft .....	31
Fraktion vor Ort: Öffentliche Fraktionssitzungen.....	35
Eingaben ans Parlament müssen scharfe Schwerter werden!.....	43
Anatomie des NSU-Skandals.....	46
»Die Politiker ...« – nein, die gibt es nicht. Einige Klarstellungen .....	49
Kommen & Gehen .....	52
Enquete-Kommission: LINKE Impulse für menschenwürdige Pflege.....	54
Wie sind wir erreichbar?.....	58

# Bilanz & Ausblick

*Zehn Fragen an Rico Gebhardt, Vorsitzender der Linksfraction, und Sarah Buddeberg, Parlamentarische Geschäftsführerin*

## **Frau Buddeberg, Herr Gebhardt, warum ist es wichtig, dass die LINKE im Landtag sitzt?**

**Sarah Buddeberg:** Bei den wirklich wichtigen Themen – bei der sozialen Frage, beim Thema Frieden, bei der Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen, sind wir seit jeher die Alternative zu den Regierenden. Wir wollen Lust und Hoffnung machen auf eine Gesellschaft, die den Menschen aus sozialen und anderen Zwängen befreit, und auch im verhältnismäßig Kleinen – also in den Kommunen und in der Landespolitik – für das Große streiten.

**Rico Gebhardt:** Wir stehen als Linksfraction für das soziale Sachsen und mit unseren parlamentarischen und außerparlamentarischen Initiativen für sozialen Zusammenhalt in Sicherheit. Wir verteidigen den zivilisatorischen Konsens gegen alle Angriffe, egal aus welcher Richtung, und dringen auf friedliche Konfliktlösung in allen Fragen. Denn der Frieden ist das Entscheidende – ohne ihn werden alle anderen Fragen bedeutungslos. Eine starke LINKE im Parlament ist schon deshalb wichtig, damit es klaren Widerspruch zu NATO-Truppentransporten durch Sachsen oder

zu einer Politik der Eskalation gegenüber Russland gibt. Fünf Jahre lang haben wir zum Beispiel gegen die Russland-Sanktionen gestritten, die ihr Ziel verfehlen und uns nur weiter von einer Verständigung mit dem großen östlichen Nachbarn entfernen – ohne den es, wie Egon Bahr gesagt hat, keinen Frieden in Europa geben kann. Auch eine Landesregierung wie die sächsische muss zum Frieden beitragen, was sie kann.



*Rico Gebhardt*



*Sarah Buddeberg*

**In diese Wahlperiode fiel der 25. Jahrestag der Wiedereinrichtung des Sächsischen Landtages und mithin auch der 25. Geburtstag der Linksfraktion. Gaben beide Anlässe nur Grund zum Feiern?**

**Rico Gebhardt:** Solche Jubiläen sind immer gute Gelegenheiten, zurückzuschauen, Bilanz zu ziehen und Lehren für die Zukunft abzuleiten. Beim Feiern darf es also nie bleiben, auch wenn ich froh über die demokratischen Errungenschaften bin, die wir genießen dürfen, und immer dafür streiten werde, sie zu verteidigen und auszubauen. Ich habe damals am Festtag gesagt: Wir waren in den 25 Jahren oft lästig – vor allem für die Regierenden. Doch uns ging es nie darum, nur der Regierung am Zeug zu flicken, sondern auch grundsätzliche realistische Alternativ-Konzepte zur Diskussion zu stellen. Das ist und bleibt unser Anspruch. Und wir wollen nicht nur eine sozialere Politik, sondern auch einen anderen Politikstil. Deshalb hatte ich den 25. Jahrestag auch genutzt, um grundsätzlich etwas zum Zustand des Parlamentarismus in Sachsen zu sagen. Ich habe festgestellt: Die wahren Heldinnen und Helden der »friedlichen Revolution« von 1989 sind auf die Straße gegangen, um das Einparteiensystem mit angeschlossenen willigen Erfüllungsgehilfen zu überwinden. Sie wollten Partizipation, Streitkultur und Meinungspluralismus. Bekommen haben sie und wir alle eine neue Staatspartei CDU, die mit regelmäßigen patriotischen Parolen, Selbstlob und Ausgrenzungen

agiert. Die aktuelle sächsische Demokratie ist ausgesprochen beteiligungsskeptisch und staatsfixiert. An einer lebendigen Zivilgesellschaft zeigt sie kaum Interesse.

**Sarah Buddeberg:** Anlässlich des 25. Jubiläums haben wir als Linksfraktion eine 408 Seiten umfassende Festschrift »Opposition im Wandel – 25 Jahre Linksfraktion im Sächsischen Landtag« präsentiert. 25.150 parlamentarische Aktivitäten der LINKEN zwischen 1990 und April 2015 hatte der Politologe Gero Neugebauer gezählt. Wir bearbeiten zahlreiche Probleme, die für viele Bürgerinnen und Bürger wichtig sind, packen aber auch große Fragen an. So streiten wir weiter dafür, die Verfassung nach fast 30 Jahren auf die Höhe der Zeit zu bringen, etwa indem wir die Hürden für Volksanträge, Volksbegehren und Volksentscheide auf ein realistisches Niveau absenken. Wir fordern außerdem eine Privatisierungsbremse, die sicherstellt, dass öffentliches Eigentum nicht gegen den Willen der Bevölkerung verhökert werden kann. Sehr wichtig wären aber auch folgende Klarstellungen in der Verfassung: »Alles staatliche Handeln muss dem inneren und äußeren Frieden dienen und Bedingungen schaffen, unter denen gesellschaftliche Konflikte gewaltfrei, friedlich und tolerant gelöst werden können.« Und: »Niemand darf rassistisch, wegen seiner Abstammung, seiner sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität, seiner Nationalität, seiner Sprache, seiner Heimat, seiner sozialen Herkunft oder Stellung, seiner religiösen, weltanschaulichen oder politischen Über-

zeugung benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung oder Beeinträchtigung benachteiligt werden.« Aber so etwas lässt sich offensichtlich nur gegen die CDU durchsetzen.

### **Was waren aus Ihrer Sicht die prägenden Themen der letzten fünf Jahre im politischen Sachsen?**

**Rico Gebhardt:** Ich vermute, dass die meisten Menschen darauf sofort dieselbe Antwort im Kopf haben. Natürlich hat das Thema Migration, insbesondere die Ankunft vieler geflüchteter Menschen auch in Sachsen, die Debatten in dieser Wahlperiode bestimmt. Schlagworte: Freital, Heidenau, Clausnitz, Bautzen, Chemnitz, die Affäre Albakr, Angriffe auf Asylsuchende und viele andere Aspekte. Das Thema ist auch deshalb so hochgekocht, weil viele politische Akteure auf die Masche der AfD hereinfallen, dieses Thema zum wichtigsten Thema werden zu lassen. Das gipfelt in der Aussage des Bundesinnenministers Seehofer, Migration sei »die Mutter aller Probleme«. Wir sagen: Der Kapitalismus ist die Mutter aller Probleme. An der Fluchtbewegung sind viele latente Konflikte aufgebrochen, zeigen sich viele Probleme unserer Gesellschaft noch deutlicher, auch wenn wir diese Probleme schon weit vor 2015 hatten. Wir haben uns bemüht, uns nicht von den Rechten unsere Themen diktieren zu lassen. Denn es gibt noch viele andere wichtige Dinge, mit denen sich ein Landtag befassen muss. Und noch etwas hat sich gezeigt: Wie wichtig es

ist, ostdeutsche Interessen ernst zu nehmen und sie zu vertreten, denn die Menschen in Ostdeutschland sind auch nach 30 Jahren systematisch gegenüber den Westdeutschen benachteiligt – bei Löhnen, Renten, ihrer Präsenz in gesellschaftlichen Schlüsselpositionen, aber auch kulturell. Es wird Zeit, dass gute ostdeutsche Erfahrungen endlich ernst genommen werden. Deshalb streiten wir zum Beispiel für mehr Polikliniken oder die Rückkehr der »Gemeindegeschwester Agnes«, und sowieso dafür, dass die Rentenmauer endlich fällt und erlittene Nachteile ausgeglichen werden. Der Osten bleibt Herzensanliegen.

**Sarah Buddeberg:** Wir haben vor allem darum gestritten und müssen das weiter tun, dass der Staat wieder voll handlungsfähig wird. Der Sparkurs der CDU-geführten Regierungen im öffentlichen Dienst hat diese Handlungsfähigkeit untergraben. Deshalb diskutieren wir seit Jahren darüber, dass Lehrkräfte fehlen, dass Polizeibeamte fehlen, dass der Justizvollzug ausgeblutet ist. Inhaltlich ging es um das neue Schulgesetz, mit dem die Regierung ein überholtes Schulwesen gesichert und jegliche Innovation unterdrückt hat. Im Polizeirecht untergräbt die Regierung die Grundrechte und erklärt alle Bürgerinnen und Bürger zu potentiellen Gefährderrinnen und Gefährdern. Beim Thema öffentlicher Verkehr hat eine Strategiekommision wichtige Vorschläge gemacht, um deren Durchsetzung wir kämpfen, etwa für ein Modellprojekt zur Fahrscheinfreiheit. Ich freue mich auch, dass wir als Linksfraktion in

der Enquetekommission des Landtages zum Thema Pflege Akzente setzen konnten. Gleiches gilt für wohnortnahe Gesundheitsversorgung. Hinzu kommt das Großthema Ausstieg aus der Braunkohleverstromung. Aber das ist immer noch nur ein Ausschnitt der Debatten. Persönlich hätte ich mir gewünscht, dass gleichstellungs- und queerpolitische Themen einen höheren Stellenwert für die gesamte Regierung gehabt hätten. Aber hier hat die CDU massiv verhindert, auch gegen den Koalitionspartner SPD.

**Nach neun Jahren im Amt hat der bis dahin dienstälteste amtierende Ministerpräsident Deutschlands, Stanislaw Tillich, seinen Posten geräumt und dafür gesorgt, dass Michael Kretschmer als Nachfolger gewählt wird. Wie bewerten Sie den Regierungswechsel?**

**Rico Gebhardt:** Es war vor allem ein Wechsel der Kommunikationsgewohnheiten. Während Tillich sich stets weggeduckt hat, wenn es problematisch wurde – so kann man auch die Zeit seines Rücktritts zusammenfassen –, geht Kretschmer in die Offensive, zieht durchs Land, versucht mit so vielen Menschen wie möglich zu reden und sich zu vielen Themen zu äußern. Das gilt vielen als neues Erfolgsrezept, aber ich bin skeptisch, ob es sich am Ende als solches herausstellen wird. Denn die Leute merken es, wenn da einer kommt und allen alles verspricht. Die Erwartungen, die er weckt, wird Kretschmer kaum erfüllen können. Inhaltlich steht er nicht wirklich für

einen neuen Kurs. Wie auch, er war ja vor seiner Wahl zwölf Jahre lang CDU-Generalsekretär und damit ein Wasserträger des Systems Tillich. Die Verjüngung des Amtsinhabers an der Spitze Sachsens ist nicht gleichbedeutend mit Erneuerung, denn tatsächlich ist Herr Kretschmer in seiner Welt-sicht ein Konservativer von gestern.

**Sarah Buddeberg:** Die Kontinuität zeigt sich ja auch darin, wer im Landtag in der CDU-Fraktion die Richtung vorgibt, und da sind die Abgeordneten ja im Großen und Ganzen dieselben geblieben. Deshalb bewegt sich weiter nichts, etwa in Sachen Gleichstellung, das SPD-Integrationsministerium wird weiter kritisch beäugt und die konservative gesellschaftliche Ausrichtung auf »die guten alten Zeiten«, die es so nie gab, ist geblieben. Für einen wirklichen Politikwechsel in Richtung eines sozialen Sachsen können ohnehin nur die Wählerinnen und Wähler 2019 sorgen. Dafür spricht auch, mit welchen Personen Kretschmer sein Kabinett »neu« aufgestellt hat. Er hat einen alten Vertrauten zum Kultusminister gemacht, der mit Bildungspolitik noch nicht in Erscheinung getreten war. Mit Roland Wölller hat er den Freitaler CDU-Wahlkreisabgeordnete zum Innenminister ernannt, der sich bei den Ausschreitungen vor Ort weggeduckt hat – eben weil er seit langer Zeit mit Wölller politisch verbunden ist.

**Ihr Fazit zur Arbeit der CDU-SPD-Koalition seit 2014?**

**Rico Gebhardt:** Die 110 Seiten Koalitionsvertrag sind das Resultat



einer Verhandlungs-Fleißarbeit mit vielen schönen Ankündigungen und Prüfaufträgen. Innovation sieht aber anders aus. Zudem übt sich insbesondere die CDU weiter in der Rolle der Reparaturbrigade an selbst verursachten Defiziten und Schäden. Der große Wurf für Sachsen ist diese Regierung von Anfang nicht gewesen, und sie ist trotz aller personellen Veränderungen nicht aus dem Reparaturmodus herausgekommen. Sie hat durch Tun und Unterlassen auch dazu beigetragen, dass die Kräfte am rechten Ende des politischen Spektrums im Aufwind sind.

**Sarah Buddeberg:** Vor allem die CDU sitzt vor der AfD wie das Kaninchen vor der Schlange und betreibt aus Angst gesellschaftlichen Rückschritt. Man merkt, dass man sich alle Optionen offenhalten will. Stellenweise ist der Streit mit der SPD mit Händen zu greifen, die »Koalitionspartnerschaft« erscheint in weiten Teilen problematisch. Da sind die Reibereien von CDU-Abgeordneten am Handeln des SPD-Wirtschaftsministers nur die Spitze des Eisbergs, wenn es um Autobahnen, den Nahverkehr oder den Breitbandausbau geht. Der Zoff um die Lehrkräfte-Verbeamtung ist ein weiteres Beispiel, auch die ständigen Querschüsse aus der CDU auf die SPD-Ministerin für Gleichstellung und Integration. Selbst das Gleichstellungsgesetz, das im Koalitionsvertrag festgeschrieben war, hat die CDU zuletzt gnadenlos gekippt. Die SPD war machtlos. Da hat man schon oft gedacht: die brauchen eigentlich eine Paartherapie.

### **Aufgabe der Opposition ist es auch, die Regierung zu kontrollieren und Alternativen anzubieten. Ist das der Linksfraktion geglückt?**

**Sarah Buddeberg:** Dass wir unseren Auftrag, die Regierung zu kontrollieren, ernst nehmen, zeigt schon die große Zahl von Anfragen an die Landesregierung. Dabei geht es darum, Missstände aufzudecken – die Landesregierung muss darauf ja laut Verfassung »nach bestem Wissen unverzüglich und vollständig« antworten, auch wenn wir das manchmal vor Gericht erstreiten müssen. Oft haben wir mit diesem Instrument Probleme thematisiert, die von Vereinen und NGOs an uns herangetragen wurden. Wichtiger sind aber die Alternativen, und auch da ist die Bilanz bisher recht ordentlich. Wir bringen es bisher auf 37 Gesetzesentwürfe und 302 Anträge. Und das ist nur der kleine Teil des politischen Geschäfts, der in Drucksachen mündet.

**Rico Gebhardt:** Jahrelang haben wir insbesondere beim Landeshaushalt gezeigt, was wir anders machen würden. Der Haushalt ist ja in Zahlen gegossene Politik und die Grundlage dafür, was umgesetzt wird und was nicht. Mit unseren Alternativen Haushaltskonzepten dringen wir darauf, dass der Grundsatz des »sozialen Ausgleichs« als verfassungsmäßig garantierter Grundsatz neben Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beachtet wird. Es bleibt unser Kernanliegen, dafür zu sorgen, dass Soziales, Bildung und Kultur angesichts der »Schuldenbremse« nicht

noch weiter unter die Räder geraten. Im Übrigen ist es zwar gut und schön, viel Papier mit Alternativen zu beschreiben, aber entscheidend ist, ob und wie wir damit zu den Leuten durchdringen. Ich höre oft »Man hört von euch gar nichts«. Ich frage dann immer, wo und wie die Menschen sich informieren, denn gerade in der heutigen Zeit bekommt man Medienpräsenz nicht geschenkt. Das ist ein ständiger Kampf. Natürlich haben wir auch eigene Kanäle – im Netz, unsere monatliche Zeitung, unsere Zeitung an alle Haushalte zweimal im Jahr oder meinen Brief an die Bürgerinnen und Bürger, Veranstaltungen, aber das sind seltene Gelegenheiten. Wir müssen uns wieder stärker darum Gedanken machen, wie wir unsere Botschaften unters Volk bringen. Das betrifft zum Beispiel das wichtige Thema ostdeutsche Interessen, das wir wieder stärker in den Blick nehmen wollen und müssen.

**Zum ersten Mal seit fünfzehn Jahren gab es in Sachsen wieder einen Volksantrag. Was steckt dahinter und wie steht die Linksfraktion zum Thema?**

**Rico Gebhardt:** Wir freuen uns außerordentlich darüber, dass sich ein breites Bündnis aus der Bevölkerung formiert hat. Der Verein »Länger gemeinsam Lernen in Sachsen« hat Verbände, Gewerkschaften, Parteien und viele engagierte Einzelpersonen hinter dem Ziel vereint, in Sachsen die Gemeinschaftsschule zu ermöglichen. Angestrebt wird kein Systemsturz – die Gemeinschaftsschule soll eine gleichberechtigte weitere Schul-

art neben Grundschulen, Oberschulen, Gymnasien und Förderschulen sein. Die Schülerinnen und Schüler lernen dort auch nach der vierten Klasse gemeinsam. Es geht da einfach um mehr Wahlfreiheit für die Eltern. Als LINKE unterstützen wir das Anliegen, das eine langjährige Forderung in eine konkrete Initiative fasst, und haben fleißig Unterschriften gesammelt. Auch die aktuelle PISA-Studie zeigt schließlich, dass soziale Herkunft viel zu stark über Bildungschancen entscheidet – das ist ungerecht und muss geändert werden!

**Sarah Buddeberg:** Es sind mehr als 15 Jahre vergangen, seitdem es zum letzten Mal einen Versuch aus der Bevölkerung gegeben hat, die Gesetze zu ändern – in diesem Fall das Schulgesetz und das Gesetz über die Schulen in freier Trägerschaft. Laut der Verfassung sind der Landtag und die Bevölkerung gleichrangige Gesetzgebungsinstanzen, aber die CDU macht die Volksgesetzgebung seit vielen Jahren faktisch unmöglich, indem sie an den hohen Hürden festhält. Vor allem an der hohen Zahl an Unterstützungsunterschriften, die für einen Volksentscheid notwendig sind. An dieser Schraube wollen wir schon lange drehen. Und zur Passivität trägt auch bei, dass man in Sachsen einen fertigen Gesetzentwurf vorlegen muss und nicht einfach dem Parlament den Auftrag erteilen kann, eine Gesetzesänderung vorzunehmen, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Es liegt noch viel Arbeit vor uns, wenn es um eine lebendige Demokratie geht.

## **Wie hat sich der Umgang der Fraktionen miteinander im Parlament verändert?**

**Sarah Buddeberg:** Mit der GRÜNEN-Fraktion arbeiten wir punktuell recht konstruktiv zusammen, auch wenn wir uns in der Rolle als demokratische Oppositionsparteien ständig im Konkurrenzkampf um Aufmerksamkeit befinden. Aber wir haben einige parlamentarische Vorhaben gemeinsam umgesetzt, etwa Gesetzentwürfe zur Volksgesetzgebung oder zu Naturschutzgebieten. Mit der SPD sind nur Hintergrundgespräche möglich, weil wir zwar in manchen Fragen ähnlich ticken, aber die Koalitionsdisziplin sie natürlich von einer sachlichen Zusammenarbeit mit uns abhält. In manchen Fällen hat sich die SPD auch bereitgefunden, uns augenscheinlich im Auftrag der CDU scharf anzugreifen. Die AfD sieht den Landtag nur als Fernsehstudio, um nach außen zu kommunizieren. Ein sachlicher Dialog ist unmöglich und auch nicht wünschenswert, weil diese Partei die zivilisatorischen Grundsätze unseres Zusammenlebens angreift und Unfrieden stiftet. Gewinnbringende Debatte will sie zerstören und greift den Parlamentarismus insgesamt an. Es ist Methode der AfD, falsche Tatsachen zu behaupten, die dann erstmal im Raum stehen und mühsam wieder ausgeräumt werden müssen.

**Rico Gebhardt:** Die CDU-Fraktion, mit der wir uns ja vor allem auseinandersetzen haben – diese Fraktion führt schließlich die Regierung an – ändert ihr Verhalten uns gegenüber nur in Nuancen. Während es in der

letzten Wahlperiode wenigstens noch möglich war, miteinander zu sprechen und sogar über die Verfassung zu verhandeln, herrscht in dieser Legislaturperiode Funkstille. Das liegt aus meiner Sicht vor allem daran, dass der damalige Fraktionschef Steffen Flath persönlich zugänglich war, während sein Nachfolger Frank Kupfer sofort eine Mauer des Schweigens hochgezogen hat. Die Verabredung, auch in dieser Wahlperiode über Änderungen der Landesverfassung zu verhandeln, hat die CDU gebrochen. Wie es unter Kupfers Nachfolger Christian Hartmann weitergeht, wird sich zeigen. Ich bin aber nicht sehr optimistisch. Die CDU tritt in Sachsen weiterhin als Staatspartei auf, und es ist gut möglich, dass sie mit der AfD paktiert, um ihre führende Rolle zu behalten – koste es was es wolle. Da braucht es eine klare Alternative.

## **Mit der politischen Kultur hängt auch zusammen, wie der Landtag funktioniert. Über seine Geschäftsordnung gibt es immer rege Debatten. Was müsste nach der nächsten Wahl geändert werden?**

**Sarah Buddeberg:** Wir haben zu Beginn dieser Wahlperiode einige Veränderungen durchgesetzt, aber nicht alle waren praxistauglich. So gibt es zwar seit 2014 erstmals eine Minister\*innenfragestunde, aber die die Staatsregierung hat dieses Instrument für die Opposition unbrauchbar gemacht: sie legt eigenständig fest, welches Ministerium befragt wird und setzt das erste Thema. Die jeweilige Ministerin oder der jewei-

lige Minister hält dann einen selbstbeweihräuchernden Monolog. Das zweite von den Fraktionen benannte Thema muss vorher gemeldet werden. So wird die Minister\*innenbefragung zur Ersatz-Mittagspause, was ich sehr schade finde. Ich wünsche mir eine Regierung, die den Mut hat, dem Parlament ohne vorheriges »Einnorden« gegenüberzutreten und Rechenschaft abzulegen, wie es sich gehört. Aber dazu ist offenbar vor allem die CDU zu feige. Außerdem wollen wir, dass Große Anfragen künftig öffentlich angehört werden dürfen und dass an jedem Plenartag eine solche Anfrage im Landtag behandelt wird. Das sind schließlich wichtige Instrumente der Regierungskontrolle, in denen zumeist spannende Themen behandelt werden, etwa Hartz IV, Pflege, sexualisierte Gewalt, Mobilität oder Organisierte Kriminalität. In puncto Sondersitzungen des Landtages fordern wir eine Gleichbehandlung mit der Staatsregierung – ein Fünftel der Landtagsabgeordneten oder die Fraktionsvorsitzenden sollen künftig ausreichen, um eine solche Sondersitzung einzuberufen, damit das Parlament auf aktuelle Vorfälle und Themen reagieren kann.

**Rico Gebhardt:** Ich möchte den Punkt parlamentarisches Fragerecht nochmal besonders hervorheben. Immer wieder ist es in dieser Wahlperiode vorgekommen, und das meiner Erfahrung nach häufiger als früher, dass Landtagsabgeordnete erst vor dem Sächsischen Verfassungsgerichtshof klagen mussten, damit die Landesregierung Kleine Anfragen beantwortet. Immer häufiger verweigert man

Antworten auch mit dem Argument, dass er Arbeitsaufwand zu groß wäre. Ich wünsche mir da mehr Sensibilität für das Recht des Parlamentes, die Regierung zu kontrollieren.

### **Was wünschen Sie sich außerdem für die neue Wahlperiode?**

**Rico Gebhardt:** Ich hoffe natürlich, dass wir mit ordentlichem Rückenwind aus der Bevölkerung wieder ins Parlament einziehen und die Stimme erheben können für Frieden nach innen und außen und für Gerechtigkeit. Es wäre gut, wenn sich eine parlamentarische Kultur durchsetzen ließe, in der Oppositionsvorschläge nicht schon deshalb abgelehnt werden, weil sie den »falschen Absender« haben. Klar, die Parteien müssen unterscheidbar sein, damit die Bürgerinnen und Bürger für sich entscheiden können, wer ihre Interessen vertritt. Aber sachlicher Streit mit friedlichen Mitteln muss möglich sein. Persönlich hoffe ich auch, dass es uns gelingt, weiter das Ohr nah an den Bürgerinnen und Bürgern zu haben, denn für sie und ihre Interessen arbeiten wir schließlich im Parlament.

**Sarah Buddeberg:** Auch ich wünsche mir mehr politische Entscheidungen aus inhaltlichen Gründen und weniger anhand von Parteibüchern. Und das Parlament sollte endlich deutlich weiblicher werden – in dieser Wahlperiode saßen neben 84 männlichen Abgeordneten nur 42 weibliche. An uns lag es nicht, unsere Fraktion ist konsequent quotiert. Da können und sollten sich die anderen eine Scheibe abschneiden.

# Kernthemen aus fünf Jahren

*Alle Abgeordneten der Linksfraktion mussten auf die Frage nach ihrer »Lieblings-Parlaments-Initiative« antworten: Was wäre, wenn die Mehrheit im Landtag diese Initiative beschlossen bzw. die derzeitige Regierung dem Anliegen gefolgt wäre? Sie alle zeigen, dass Sachsen eine andere politische Mehrheit braucht. Wem die Übersicht nicht reicht, der kann unter <http://edas.landtag.sachsen.de> alle Drucksachen nachlesen.*



**Klaus Bartl**  
(Chemnitz)

Verfassungs- und  
rechtspolitischer Sprecher  
[klaus.bartl@  
st.sachsen.de](mailto:klaus.bartl@st.sachsen.de)



**Marco Böhme**  
(Leipzig)

Sprecher für Klimaschutz,  
Energie und Mobilität;  
Stellv. Fraktionsvorsitzender  
[marco.boehme@  
st.sachsen.de](mailto:marco.boehme@st.sachsen.de)

*Drucksache 6/1088*

## **Gesetz zur Stärkung der direkten Demokratie**

»Wäre dieser Gesetzentwurf, den wir gemeinsam mit den GRÜNEN eingebracht hatten, angenommen worden, hätten statt wie bisher 450.000 Unterstützungsunterschriften von Wahlberechtigten 175.000 genügt, um einen Volksentscheid zu erreichen. Auch hätte der Landtag die Möglichkeit bekommen, von ihm beschlossene Gesetze, die sehr umstritten sind, vor dem Inkrafttreten der Bevölkerung zur endgültigen Abstimmung zu überantworten.«

*Drucksache 6/9197*

## **Windenergie-Beteiligungsgesetz**

»Mit unserem Windenergiebeteiligungsgesetz hätten erneuerbare Energien endlich wieder eine Chance in Sachsen – und dabei würden die Bürgerinnen und Bürger sowie die Gemeinden auch direkt etwas davon bekommen: mehr Mitspracherechte und auch eine finanzielle Beteiligung. Außerdem würde Klimaschutz bei der Planung der Landesentwicklung die Rolle spielen, die in Zeiten des von Menschen verursachten Klimawandels notwendig ist.«





**Sarah Buddeberg**  
(Dresden)

*Gleichstellungs-  
und Queerpolitische  
Sprecherin;  
Parlamentarische  
Geschäftsführerin*  
**sarah.buddeberg@  
sit.sachsen.de**



**Nico Brünler**  
(Chemnitz)

*Sprecher für  
Wirtschafts- und  
Arbeitsmarktpolitik*  
**nico.bruebler@  
sit.sachsen.de**

*Drucksache 6/9884*

### **Vertrauliche Spurensicherung für Opfer sexualisierter Gewalt**

»Im Antrag fordern wir, dass Opfer von sexualisierter Gewalt flächen-deckend in Sachsen die Spuren anonymisiert sichern lassen können. Das ermöglicht es, erst später eine Anzeige zu stellen und dennoch eine lückenlose Beweiskette für ein späteres Gerichtsverfahren vorzuweisen. Dafür müssen finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um das medizinische Personal für die Durchführung dieser Untersuchungen zu bezahlen. Bislang geschieht dies oft noch »ehrenamtlich« und auch nur in wenigen Kliniken. Gerade im ländlichen Raum gibt es so gut wie keine Möglichkeit, nach einer erlittenen Tat anonym die Spuren sichern zu lassen. Die Antragsidee entstand aus dem Austausch mit den Personen, die im Gewaltschutz arbeiten. Es ist ein kleiner, aber sehr wirkungsvoller Baustein im Kampf gegen sexualisierte Gewalt. Wir haben ihn gemeinsam mit den Vereinen erarbeitet, ein Fachgespräch dazu organisiert und schließlich eine Sachverständigenanhörung im Sozialausschuss durchgeführt.«

*Drucksache 6/12101*

### **»Verhinderung von Massenentlassungen trotz Gewinnsteigerung«**

»Wiederholt haben auch in Sachsen Großunternehmen trotz guter Auftragslage vor Ort Beschäftigte entlassen und Betriebsteile geschlossen oder öffentlich damit gedroht. Manchmal geht es darum, Fehlentscheidungen des Managements auf dem Rücken der Belegschaft auszutragen, oder es soll einfach kurzfristig der Profit gesteigert werden. Einige solche Beispiele, wie das Görlitzer Siemenswerk oder die Neue Halberg Guss in Leipzig, rufen auch in den Medien große Empörung hervor. Diese sind aber nur die Spitze des Eisbergs. In den meisten dieser Fälle bleiben der Politik bisher lediglich Appelle an das soziale Gewissen der Unternehmen oder die Zusage zusätzlicher Fördermittel. Es geht jedoch auch anders. Unser Antrag hatte klare gesetzliche Vorgaben zum Ziel, die Massenentlassungen oder Werkschließungen bei nachweislich positiver Ertragslage zu verhindern. Wir wollten den Kündigungsschutz verbessern und ein stärkeres Mitspracherecht der Belegschaft erzwingen. Nicht der Aktienkurs darf im Mittelpunkt stehen, sondern das Wohl der Beschäftigten.«



**Cornelia  
Falken**  
(Leipzig)

*Bildungspolitische  
Sprecherin*  
**cornelia.falken@  
slt.sachsen.de**



**Antje Feiks**  
(LK Mittelsachsen/  
Erzgebirgskreis)

*Medienpolitische  
Sprecherin*  
**antje.feiks@  
slt.sachsen.de**

*Drucksache 6/13145*

### **Keine »Zwei-Klassen-Lehrerschaft«**

»Von der Verbeamtung, die CDU und SPD beschlossen haben, profitieren nur Lehrkräfte, die jünger als 42 Jahre sind. Von den etwa 30.000 Lehrkräften sind das lediglich 7.000. Die Altersgrenze von 42 Jahren benachteiligt den größeren Teil der Lehrerschaft, also gerade die, die in den vergangenen Jahren die Arbeit in den Schulen getan haben. Die in Aussicht gestellte Ausgleichszahlung für angestellte Lehrkräfte ist einer Verbeamtung nicht adäquat. Es wird eine »Zwei-Klassen-Lehrerschaft« geschaffen. Und ob verbeamtete Lehrkräfte ausgerechnet in die Regionen gehen, wo der Lehrermangel am größten ist, das dürfte zu bezweifeln sein. DIE LINKE fordert vom Kultusminister eine Verbesserung der Attraktivität des Lehrerberufs. Dabei geht es außer einer angemessenen und gerechten Vergütung auch um entsprechende Rahmenbedingungen. Die klaren Regeln müssen in einem Tarifvertrag verbindlich vereinbart werden.«

*Drucksache 6/2135*

### **Weiterentwicklung der Jugendpauschale**

»2016 lehnte die Landtags-Mehrheit unseren Antrag ab. Hätte sich hier eine Mehrheit gefunden, würden wir im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit – vor allem im ländlichen Raum – deutlich besser dastehen. Denn mit der Jugendpauschale unterstützt der Freistaat die Kommunen bei der Förderung von Jugendclubs, mobiler Jugendarbeit, Familienbildung, etc. Diese Einrichtungen wurden vor allem im ländlichen Raum in den letzten Jahren immer weiter runter gefahren bzw. sogar geschlossen, weil die Kommunen kein Geld dafür hatten. Dabei sind diese Einrichtungen wichtig für den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen. Mit einer Zustimmung zu unserem Antrag hätten wir dieses Förderinstrument auf neue Beine stellen und dafür sorgen können, dass zukünftig junge Menschen in ihrem Dorf wieder eine Anlaufstelle haben und sich eben nicht an der einzigen Haltestelle treffen müssen.«



**Rico Gebhardt**  
(Erzgebirgskreis)

Fraktionsvorsitzender  
[rico.gebhardt@st.sachsen.de](mailto:rico.gebhardt@st.sachsen.de)

*Drucksache 6/13238*

### **Gesetz für Familien-Feiertag**

»Es stünde Sachsen gut zu Gesicht, sich der Initiative aus den Reihen der Thüringer Regierungskoalition anzuschließen, einen Feiertag für die Familie einzuführen, der sich am Kindertag orientiert. Wir schlagen dafür den ersten Freitag im Juni als freien Tag vor. Mehr Zeit für Familie ist ein Grundbedürfnis unserer Zeit. Mehr Zeit, um mit den Kindern zu spielen, brauchen viele Menschen. Ein solcher Feiertag wäre ein starkes Signal an die Familien in Sachsen. Und er passt als nichtkonfessioneller Feiertag zu einer Gesellschaft, die zu drei Vierteln nicht religiös, aber an humanistischen Werten des Zusammenlebens interessiert ist. In einer Zeit ständiger Arbeitsverdichtung und wachsenden Berufsstressses geht es nicht um weniger, sondern mehr Feiertage – Bayern macht Sachsen vor, dass das auch wirtschaftlich gut tut.«



**René Jalaß**  
(LK Meißen)

Sprecher für Hochschul- und Wissenschaftspolitik;  
Sprecher für Drogen- und Netzpolitik  
[rene.jalass@st.sachsen.de](mailto:rene.jalass@st.sachsen.de)

*Drucksache 6/9585*

### **Selbstverwaltung der Hochschulen u. a.**

»Es gibt viele Drucksachen, mit denen sich Sachsen zum Besseren gewendet hätte. Im Grunde alle, die aus unserer Fraktion kommen. Aber das ist wurscht. Denn kaum eine wird angenommen. Der Absender ist schlicht falsch. Ich könnte mich schwer für eine Lieblingsdrucksache entscheiden. Vielleicht unser Hochschulgesetzentwurf? (*Drucksache 6/9585*): Da geht's um die grundlegende Demokratisierung der Hochschulen durch Abschaffung des Lehrstuhlprinzips, um echte Mitbestimmung durch flache Hierarchien und um ein Nein zur Kriegsforschung durch eine Zivilklausel. Vielleicht würde ich mich auch für unseren Konsumraum-Antrag (*Drucksache 6/8237*) entscheiden. Dieser würde unmittelbar Leben retten! Schön fand ich das »Gesetz für ein tolerantes und friedliches Zusammenleben in einem weltoffenen Sachsen« (*Drucksache 6/8130*). Antirassismus als Staatsziel. Das Gute daran muss ich nicht näher ausführen, oder? Eine meiner eingereichten Drucksachen, eine Anfrage, hat ja nicht mal eine Nummer bekommen. Nun werden wir wohl nie erfahren, ob's bei der AfD-Fraktion hackt.«





**Marion Junge**  
(LK Bautzen)

*Sprecherin für Bürger-  
Innenanliegen und  
Petitionen; Sprecherin  
für Weiterbildung und  
Kindertageseinrichtungen*  
**marion.junge@  
slt.sachsen.de**



**Kathrin  
Kagelmann**  
(LK Görlitz)

*Sprecherin für  
Agrarpolitik und  
ländliche Räume*  
**kathrin.kagelmann@  
slt.sachsen.de**

*Drucksache 6/10764*

### **Gesetz für schrittweise Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kitas**

»Wenn dieses Gesetz beschlossen worden wäre, würde sich der Personalschlüssel jährlich und schrittweise um fünf Prozent ab 1. September 2019 für alle Kindertageseinrichtungen, von der Krippe, Kindergarten bis zum Hort, verbessern. Mit dieser Stufenabsenkung erreichen wir in Sachsen einen Betreuungsschlüssel in den Jahren 2022/23 für Kindergarten 1:10 und Krippe 1:4 und im Jahr 2025 im Hortbereich 1:16. Die Erzieher\*innen können durch die Verbesserung des Betreuungsschlüssels mit den Kindern in kleineren Gruppen arbeiten, und die Kinder können dadurch besser individuell gefördert werden. Die Qualität der Kindertagesbetreuung würde sich spürbar verbessern. Der Gesetzesentwurf zielt darauf ab, die von der Bertelsmann-Stiftung empfohlenen Betreuungsschlüssel – Kinderkrippe 1:3, Kindergarten 1:7 und Hort 1:13 – in einem Zeitraum von zwölf Jahren, also bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Frühkindliche Bildung braucht verlässliche und kindgerechte Rahmenbedingungen in den Kitas! Dafür steht unser Gesetzesentwurf.«

*Drucksache 6/2666*

### **»Glyphosat-Antrag«**

»Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist hoch umstritten, denn trotz vorschriftsmäßiger Anwendung belasten sie die Umwelt, schädigen Pflanzen und Tiere, und ihre Rückstände lassen sich bereits in unserem Trinkwasser nachweisen. Bienen und andere bestäubende Insekten leiden am stärksten unter den giftigen Spritzmitteln. Das am häufigsten eingesetzte Mittel Glyphosat wird vom Internationalen Krebsforschungszentrum als »wahrscheinlich« krebserregend eingestuft. Hohe Kosten entstehen für die Allgemeinheit durch notwendige Kontrollen von Lebensmitteln oder Grundwasser. Ökobauern sind die Leidtragenden, wenn ihre Felder durch Abdrift verunreinigt werden, denn sie können ihre Produkte dann nicht mehr ökologisch vermarkten. Wir wollen – das war Ziel dieses gemeinsamen Antrags mit den GRÜNEN – insgesamt deutlich weniger Pflanzenschutzmittel sowohl auf sächsischen Feldern als auch auf Flächen von Freistaat und Kommunen, eine bessere Kontrolle der Anwendung und mehr Forschung zu den Auswirkungen.«



**Anja  
Klotzbücher**  
(Dresden)

*Sprecherin für  
Europapolitik  
anja.klotzbuecher@  
st.sachsen.de*

*Drucksache 6/9061*

### **Mehr Demokratie von unten bei internationalen Verträgen**

»Meine liebste Drucksache ist unser Antrag »Kommunen im Freistaat Sachsen bei der Befassung mit transatlantischen Freihandelsabkommen einbeziehen – Gesamtstrategie für den Umgang mit TISA, CETA und TTIP in Sachsen entwickeln.« Ziel der Einreichung war es, die Staatsregierung zu mehr Demokratie zu bewegen und dafür zu sensibilisieren, ein so komplexes und folgenreiches Thema nicht unhinterfragt abzunicken. Wäre der Antrag angenommen worden, hätten wir eine wichtige und hintergründige Debatte zu den Freihandelsabkommen in Sachsen mit den Kommunen führen können. Eine Gesamtstrategie für den Umgang mit Freihandelsabkommen hätte eine gute Vorbildwirkung für weitere Bundesländer haben können, und wir hätten aus Sachsen heraus den Dialog gestartet. Es bleibt bei einer schönen Vorstellung, denn auch dieser Antrag wurde abgelehnt, und die sächsische Staatsregierung scheut sich weiterhin, die Folgen der Abkommen zu reflektieren.«



**Kerstin Köditz**  
(LK Leipzig)

*Sprecherin für  
Antifaschistische Politik  
kerstin.koeditz@  
st.sachsen.de*

*Drucksache 3/11214*

### **Entschließungsantrag zur Zurückdrängung der extremen Rechten**

»Meine Lieblingsdrucksache ist von 2004. Wenn dieser Entschließungsantrag der PDS zu einer Großen Anfrage der SPD vor immerhin 14 Jahren angenommen worden wäre, dann hätten wir heute viele der Probleme nicht, die die CDU zum Thema extreme Rechte inzwischen wenigstens eingesteht. Dann hätte dem Landtag zum 31. Dezember 2004 eine Gesamtkonzeption vorgelegen, die gemeinsam mit Vertretern aus Wissenschaft, Erziehung, der Jugendarbeit und anderen relevanten gesellschaftlichen Kräften erarbeitet worden wäre. Dann hätte eine Überarbeitung der Lehrpläne stattgefunden, um gegenüber rechtsextremem und rassistischem Gedankengut zu sensibilisieren, dann wären die finanziellen und sachlichen Voraussetzungen geschaffen worden, um die lokale Präventionsarbeit zu verstärken. Dann wäre auf die Landeszentrale für politische Bildung eingewirkt worden, damit deren entsprechendes Angebot erweitert werden kann. Wir hätten 14 Jahre Zeit gehabt, um zu verhindern, dass die heutigen Zustände entstehen.«



**Heiko Kosel**  
(LK Bautzen)

*Sprecher für nationale Minderheiten; Sprecher für die Euroregionen und interregionale Zusammenarbeit*  
**heiko.kosel@slt.sachsen.de**

*Drucksache 6/9235*

### **Änderungsantrag zum Schulgesetz: Auf Sorgen der Sorben hören**

»Wir finden es nicht richtig, dass nach dem Gesetz die Vertreter der Sorben in Fragen des Schulwesens nicht mit allen ihren Sorgen gehört werden, sondern nur mit den »grundsätzlichen«. Denn: Was ist »grundsätzlich«, und wer entscheidet, was »grundsätzlich« ist? Ist es der zuständige Sachbearbeiter, der Abteilungsleiter, der Staatssekretär oder Minister, und wenn ja, der Kultusminister oder die Wissenschaftsministerin? Hier drohen willkürliche Ermessensanwendungen und Zuständigkeitschaos, die der notwendigen Zusammenarbeit zwischen Vertretern des sorbischen Volkes und des Freistaates Sachsen beträchtlichen Schaden zufügen können. Mit der Annahme unseres Änderungsantrages wäre der Landtag mit dem minderheitenrechtlichen Niveau in Brandenburg gleichgezogen, wo es zur Anhörung der sorbischen Vertreter ausreicht, wenn ein Beratungsgegenstand die Rechte der Sorben »berührt.«



**Kerstin Lauterbach**  
(LK Meißen)

*Familienpolitische Sprecherin*  
**kerstin.lauterbach@slt.sachsen.de**

*Drucksache 6/8851*

### **Sächsischen Familienpass attraktiver machen**

»Den Sächsischen Familienpass gibt es seit 20 Jahren. Eine Aktualisierung wäre also dringend notwendig. Was wäre, wenn die Abgeordneten unserem Antrag zugestimmt hätten? Ein Erwachsener mit einem Kind könnte bereits in den Genuss kommen, den Familienpass zu nutzen. Ebenso wie Großeltern, die für uns selbstverständlich zur Familie gehören. Er wäre gültig, bis das letzte Kind wirtschaftlich selbstständig ist, und muss nicht mehr jährlich neu beantragt werden. Überhaupt würde die Beantragung einfacher. Außerdem wünschen wir uns Vereinbarungen mit anderen Bundesländern über gegenseitige Anerkennung und Nutzung von Landesfamilienpässen. Ein Familienpass, der ganz einfach viele Familien in Sachsen erreicht, ist ein Beitrag zur Familienförderung und gegen Kinderarmut. Wir bieten damit eine Möglichkeit, kulturelle Angebote in Sachsen allen Schichten der Bevölkerung zugänglich zu machen.«



**Verena Meiwald**  
(LK Sächsische  
Schweiz/Osterzgebirge)

*Sprecherin für Haushalt  
und Finanzen sowie für  
Sportpolitik*  
**verena.meiwald@  
stf.sachsen.de**

*Drucksache 6/9219*

### **Sport für Menschen mit Behinderungen**

»Hätte die Landtagsmehrheit unseren Antrag im Mai letzten Jahres nicht abgelehnt, dann gäbe es bereits heute zahlreiche Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen, die Sport treiben wollen. Dazu gehören Zuschüsse für Transportmöglichkeiten und anfallende Fahrtkosten, finanzielle Unterstützungen für die Sportgeräte, die im Behindertensport oftmals ganz andere sind als bei nichtbehinderten Sportlern. Aber auch bauliche Maßnahmen an Sportstätten, die einen barrierefreien Zugang und eine barrierefreie Nutzung ermöglichen.«



**Juliane Nagel**  
(Leipzig)

*Sprecherin für  
Flüchtlings- und  
Migrationspolitik;  
Sprecherin für  
Datenschutz*  
**juliane.nagel@  
stf.sachsen.de**

*Drucksache 6/4865*

### **Gesetz über Neuordnung der Flüchtlingsaufnahme**

»Der Beschluss des Flüchtlingsaufnahmegesetzes der Linksfraktion wäre ein Schritt zur schnelleren und besseren Integration und ein wichtiger Beitrag für den gesellschaftlichen Frieden in Sachsen gewesen. Das Gesetz sah eine bessere Unterbringung, Versorgung und Beratung von schutzsuchenden Menschen von der Erstaufnahme bis einschließlich der Verteilung in die Kommunen vor. Auf der anderen Seite sollten die Kommunen die Kosten für diese Aufgabe voll erstattet bekommen. Ein zentrales Ziel war es, Kindern und Jugendlichen, die in den Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht sind, den Zugang zu Bildung – Kita und Schule – zu ermöglichen. In Sachsen ist das Recht auf Bildung für geflüchtete Kinder und Jugendliche derzeit eingeschränkt. Erst wenn sie nach sechs Monaten oder mehr in die Kommunen verteilt werden, steht ihnen aus Sicht der sächsischen Regierung der Zugang zum Bildungssystem offen. Dies widerspricht nicht nur der UN-Kinderrechtskonvention, sondern auch den Regelungen der EU-Aufnahmerichtlinie und des Grundgesetzes. Wir bleiben auch heute dabei: Bildung für alle!«



**Luise Neuhaus-  
Wartenberg**  
(LK Nordsachsen)

*Sprecherin für Mittelstand,  
Handwerk und Tourismus;  
Stellv. Fraktionsvorsitzende  
luise.neuhaus-wartenberg@  
slt.sachsen.de*

*Drucksache 6/2987*

### **»Stärkung sächsischer Handwerksbetriebe und Perspektive für Geflüchtete durch Berufsausbildung«**

»Das wär's doch gewesen: Journalisten eilen zur Pressekonferenz der IHK Sachsen. Woran man lange nicht geglaubt hat, ist geschehen. Erstmals seit vielen Jahren ist die Zahl der unbesetzten Lehrstellen in Sachsen stark rückläufig. Wie eine Studie der IHK belegt, hat vor allem die erfolgreiche Integration von Geflüchteten in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt einen großen Anteil daran. So oder so ähnlich wäre es vielleicht geschehen, wenn unser Antrag eine Mehrheit gefunden hätte. Die Politik muss mehr denn je begreifen, dass es darum geht, mit aller Kraft für alle Menschen Bildung, Ausbildung und Arbeit zu organisieren, damit möglichst niemand in die gesellschaftliche Isolation rutscht. Viele Unternehmen haben das längst begriffen. Nur reicht das nicht. Denn an dieser Stelle müssen Politik und Wirtschaft Hand in Hand gehen. Heute, also drei Jahre nach unserem Antrag, gibt es keine solche Pressekonferenz. Schade!«



**Janina Pfau**  
(Vogtlandkreis)

*Sprecherin für  
Verbraucherschutz;  
Sprecherin für Kinder-  
und Jugendpolitik  
janina.pfau@  
slt.sachsen.de*

*Drucksache 6/11397*

### **Kinderrechte ins Grundgesetz**

»Wenn die Mehrheit des Landtages dieser Drucksache zugestimmt hätte, würde auch Sachsen seinen Beitrag dazu leisten, dass die Förder- und Schutzrechte, welche Kinder ohne Zweifel dringend brauchen, endlich im Grundgesetz verankert werden könnten. Denn Kinder sind gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft. Sie brauchen diese Rechte, um eine behütete Kindheit zu haben und den Weg hin zur Entwicklung starker Persönlichkeiten gehen und mit Hilfe ihrer Eltern eine erfolgreiche Zukunft aufbauen zu können. Die Förderung körperlicher und geistiger Fähigkeiten im Zusammenhang mit einem wahrgenommenen Erziehungsauftrag der Eltern schaffen diese Möglichkeiten. Denn Kinder sind das höchste Gut für unser aller Zukunft. Mit der entsprechenden Aufnahme von Kinderrechten würde sich auch die Bedeutung bereits bestehender Artikel im Grundgesetz wandeln. So wären die im Artikel 6 festgehaltenen Befugnisse der Eltern gegenüber Kindern dann vor allem als Recht der Kinder auf Erziehung und Pflege zu verstehen.«



**Dr. Jana Pinka**  
(LK Mittelsachsen)

*Sprecherin für  
Umweltpolitik und  
Ressourcenwirtschaft  
jana.pinka@  
slt.sachsen.de*

*Drucksache 6/12254*

### **Integration statt Zugangsstopp**

»Anfang des Jahres fasste der Freiburger Stadtrat einen Beschluss zur Beantragung einer negativen Wohnsitzauflage (Zuzugsbeschränkung) für das Stadtgebiet Freiberg durch Erlass des Freistaates Sachsen und stützte sich dabei rechtswidrig auf einen Paragraphen des Aufenthaltsgesetzes. Noch vor diesem Beschluss stellten wir den Dringlichkeitsantrag »Landesoffensive zu Finanzierung der Integrationsleistungen der Städte und Gemeinden jetzt – KEINE Zugangsverbote für geflüchtete Menschen zulassen!« Der Antrag wurde abgelehnt. Doch wie hätte sich die Lage bei Annahme des Antrags entwickelt? Der bundes- und europaweite Ansehensverlust sowohl für die für Weltoffenheit und Toleranz stehende Universitätsstadt Freiberg als auch für Sachsen hätte verhindert werden können. Der Freistaat hätte dringend erforderliche organisatorische und personelle Unterstützung gewähren sowie zusätzliche notwendige finanzielle Leistungen zur langfristigen Bewältigung der Aufgaben bei der Integration geflüchteter Menschen geben müssen – als kommunalen Sonderfinanzbedarf aus Landesmitteln. Damit wäre allen Menschen vor Ort am besten gedient gewesen.«



**Lutz Richter**  
(LK Sächsische  
Schweiz/Osterzgebirge)

*Demokratiopolitischer  
Sprecher;  
Stellv. Fraktionsvorsitzender  
lutz.richter@  
slt.sachsen.de*

*Drucksache 6/9072*

### **»Burg Hohnstein erhalten – Erinnerung an die Naziverbrechen in einem der ersten sog. Schutzhaftlager in Sachsen wach halten«**

»Es ist ein Vorschlag, die Burg Hohnstein im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge im öffentlichen Eigentum zu erhalten. Wir wollen die Burg, wo eines der frühen sächsischen Konzentrationslager war, in die Stiftung Sächsischer Gedenkstätten aufnehmen. Eine der wichtigsten Forderungen ist dabei der Erhalt der Burg in öffentlichem Eigentum. Neben der Gedenkstätte erfüllt die Burg im Moment auch den Zweck eines Stadtkulturhauses, einer touristischen Einrichtung und größten regionalen Übernachtungsmöglichkeit und eines gastronomischen Betriebes. Burg, Stadt und Region befinden sich in enger Verbindung. Gerade auch aus diesem Grund hat die Linksfraktion einen Tag auf der Burg verbracht, um mit vielen Fachleuten und Interessierten Ideen zu entwickeln, die auch in unsere parlamentarische Arbeit einfließen.«



**Susanne Schaper**  
(Chemnitz)

*Sprecherin für Sozial-  
und Gesundheitspolitik;  
Tierschutzpolitische  
Sprecherin;  
Stellv. Fraktionsvorsitzende*  
**susanne.schaper@  
slt.sachsen.de**

Drucksache 6/9430

**Kinderarmut beseitigen**

Drucksache 6/13081

**Gesundheitliche Versorgung  
verbessern**

»Als Sprecherin für Sozial-, Gesundheits- und Tierschutzpolitik fällt es mir schwer, einen Lieblingsantrag zu bestimmen. Im Bereich Soziales hätte ich mir gewünscht, dass der Antrag »Kinderarmut im Freistaat Sachsen gemeinsam beseitigen« eine Mehrheit im Landtag findet. Mit unserem Antrag wollten wir

die Staatsregierung beauftragen, einen runden Tisch mit Experten aus dem Bereich einzurichten, Maßnahmen gegen Ursachen von Kinderarmut zu ergreifen und sich als Sofortmaßnahme auf Bundesebene für ein höheres Kindergeld und eine Kindergrundsicherung einzusetzen. – Im Bereich Gesundheit hätte ich mir eine Mehrheit für den Antrag »Gesundheitliche Versorgung zielgerichtet verbessern – Versorgungsforschung in Sachsen spürbar intensivieren!« gewünscht. Dieser Antrag wäre der Startschuss für eine gesundheitliche Versorgungsforschung gewesen, welche klar aufgezeigt hätte, welche Maßnahmen zur Sicherung der wohnortnahen medizinischen Versorgung in Sachsen notwendig sind.«



*Rico Gebhardt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Linkstraktion im Deutschen Bundestag, und Sarah Buddeberg, Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag*



**André Schollbach**  
(Dresden)

*Sprecher für  
Kommunalpolitik  
andre.schollbach@  
st.sachsen.de*



**Mirko Schultze**  
(LK Görlitz)

*Sprecher für  
Feuerwehr,  
Rettungswesen und  
Katastrophenschutz  
mirko.schultze@  
st.sachsen.de*

*Drucksache 6/3282 u. a.*

### **Finanzierung der Biedenkopf-Tagebücher mit Steuergeld**

»Die CDU-geführte Staatsregierung gab über 300.000 Euro an staatlichen Geldern für die Tagebücher des CDU-Politikers Kurt Biedenkopf aus. Ein Vorgang, der streng nach schwarzem Filz roch. Dies rief die Opposition auf den Plan – die »Biedenkopf-Tagebücher« wurden Thema mehrerer »Kleiner Anfragen«. Die Regierungsantwort (Drs 6/8573) war bemerkenswert: »Der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Stanislaw Tillich, hat zu keinem Zeitpunkt, nirgendwo, unter keinen Umständen an niemand und auf keine Weise konkret Aufträge oder Weisungen hinsichtlich der Förderung der Tagebuchreihe von Herrn Prof. Dr. Kurt Hans Biedenkopf durch den Freistaat Sachsen sowie der Aufwendung von Finanzmitteln des Freistaates Sachsen hierfür erteilt.« Demgegenüber erklärte Biedenkopf öffentlich das blanke Gegenteil: »Das Tagebuchprojekt ist ein Projekt des Freistaates. Es geht auf Tillichs Vorschlag zurück, die Tagebücher ... vom Freistaat herausgeben zu lassen. ... Inzwischen lehnt der Ministerpräsident die weitere Erfüllung unserer Vereinbarung ohne Begründung ab. Hätten wir das gewusst, hätten wir Tillichs Angebot nie angenommen.« Hat die Regierung wahrheitsgemäß geantwortet oder nicht?«

*Drucksache 6/5568*

### **Bessere Perspektive für Freiwillige Feuerwehren**

»2016 hätten wir schon haben können, wohin heute erst die Staatsregierung loszustolpern beginnt, eine umfassende und an den Bedürfnissen der Freiwilligen Feuerwehren und ihres Einsatzauftrages ausgerichtete Finanzierung, Ausstattung und die so dringend notwendige gesellschaftliche Wertschätzung. Wäre vor über zwei Jahren der Antrag der LINKEN nicht abgetan worden, könnte seit zwei Jahren mehr investiert werden. Wir wären auf dem Weg hin zu einer Feuerwehr, die nicht nur technisch gut ausgestattet ist, sondern die familienfreundlicher wird, um das Ehrenamt auch attraktiv zu gestalten. Wir könnten heute vermutlich bereits Verbesserungen bei den Tageinsatzbereitschaften oder bei der Verfügbarkeit von Ausbildungsplätzen in der Feuerwehr- und Katastrophenfachschule verzeichnen. Das von den Wehren erarbeitete Zukunftskonzept »Zukunft Feuerwehr« wäre vermutlich umfänglicher in den Plan Feuerwehr 2020 eingeflossen, und so mancher Bürgermeister müsste sich nicht mehr entscheiden zwischen Feuerwehr oder Jugendclub, zwischen einer modernen Ausrüstung für Menschen, die ihr Leben für uns riskieren und der Sanierung der ebenso wichtigen Kita im Ort.«





**Franz Sodann**  
(Leipzig)

Kulturpolitischer  
Sprecher  
franz.sodann@  
slt.sachsen.de

Drucksache 6/11224

### **Gesetz zur Weiterentwicklung der Kulturräume in Sachsen**

»In Sachsens Theater- und Orchesterlandschaft brodeln es. Die Einrichtungen in den ländlichen Kulturräumen und in Chemnitz können ihren Spielbetrieb seit 2005 nur durch Lohnverzicht der Theater- und Orchesterschaaffenden von teilweise bis zu 35 Prozent aufrechterhalten. Das sind inzwischen ca. 12 Millionen Euro im Jahr. Unserer Kritik schloss sich bereits 2007 der Sächsische Kultur-

senat an. Nach 13 Jahren versucht die Staatsregierung, das Feuer, das sie selbst mit der Unterfinanzierung der Kultur in Sachsen gelegt hat, zu löschen. Mit einem Sonderprogramm von sieben Millionen Euro jährlich soll die Einkommenssituation der Kulturschaaffenden verbessert werden. Aber nur unter Vorbedingungen, die Kommunen, Kulturräume und Theater bzw. Orchester nicht oder nur schwer erfüllen können. Das Sonderprogramm ist auf vier Jahre begrenzt, danach sollen die kommunalen Träger mindestens zwei Jahre die volle Finanzierung selbst stemmen. Ob das möglich ist, bleibt bei vielen Einrichtungen fraglich. Hätten CDU und SPD unserem Gesetzentwurf zugestimmt, wären die Probleme tatsächlich realistisch lösbar.«





**Enrico Stange**  
(LK Leipzig)

*Sprecher für Innenpolitik,  
Landesentwicklung,  
Bauen und Wohnen*  
**enrico.stange@  
st.sachsen.de**

*Drucksache 6/5439*

### **Gesetz zur Errichtung der unabhängigen Ombudsstelle der sächsischen Polizei**

»Unser Gesetzentwurf schafft Rechtsgrundlagen und Verfahrenssicherheit für jede Art von Beschwerden gegen Handlungen von Polizeibeamtinnen und -beamten im Dienst. Das gilt für Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie für Auseinandersetzungen von Bediensteten der sächsischen Polizei mit Dienstvorgesetzten oder dem Dienstherrn. Die Zentrale Beschwerdestelle der Polizei, die das Innenministerium eingerichtet hat, weist einen wesentlichen Webfehler auf, den wir beheben wollen: Sie ist beim Dienstherrn angesiedelt, ihre Unabhängigkeit daher nicht gesichert. Wir wollen mit einer wirklich eigenständigen Ombudsstelle jegliche Eingriffe etwa des Innenministeriums ausschließen und ein rechtssicheres Verfahren per Gesetz vorschreiben. Das schützt Bürgerinnen und Bürger sowie Bedienstete der Polizei, die Beschwerde führen.«



**Klaus Tischendorf**  
(Erzgebirgskreis)

*Gewerkschaftspolitischer  
Sprecher*  
**klaus.tischendorf@  
st.sachsen.de**

*Drucksache 6/13914*

### **Gesetz zur Weiterentwicklung des Vergaberechts in Sachsen**

»Damit wollen wir dafür sorgen, dass in Vergabeverfahren auch diejenigen eine Chance bekommen, die trotz guter Arbeit bisher keine Chance hatten, weil nur der Preis für die öffentliche Hand ausschlaggebend war. Das Vergaberecht ist die einzige Möglichkeit, mit öffentlichem Geld diejenigen in der Privatwirtschaft zu unterstützen, die gute Arbeit leisten, ihre Beschäftigten anständig behandeln und nachhaltig wirtschaften.«



**Horst Wehner**  
(LK Zwickau)

*Sprecher für Inklusion;  
Sprecher für  
SeniorInnenpolitik;  
Vizepräsident des  
Landtages*  
**horst.wehner@  
st.sachsen.de**

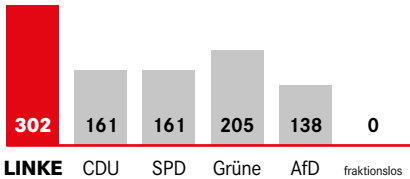
*Drucksache 6/13144*

### **Sächsisches Inklusionsgesetz**

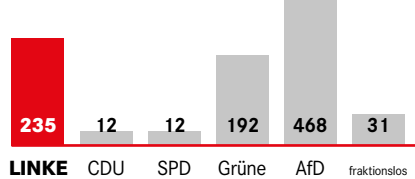
»Meine Lieblingsdrucksache ist unser Entwurf eines ›Gesetzes zur Gleichstellung, Inklusion und selbstbestimmten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Freistaat Sachsen. Derzeit befindet sich dieser noch im parlamentarischen Verfahren, und eine abschließende Behandlung ist noch nicht erfolgt. Sollte unserem Gesetzentwurf zugestimmt werden, sind wir auf einem guten und richtigen Weg in eine inklusive Gesellschaft.«

# Statistik aller Drucksachen

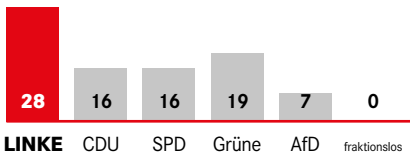
## Anträge



## Änderungsanträge



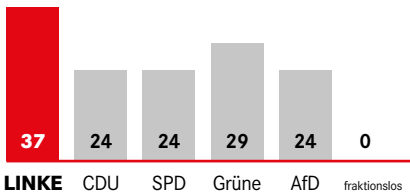
## Entschließungsanträge



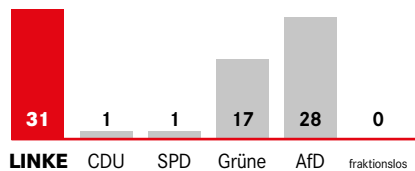
## Dringliche Anträge



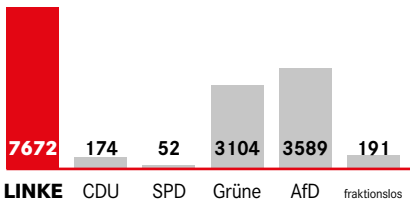
## Gesetzentwürfe



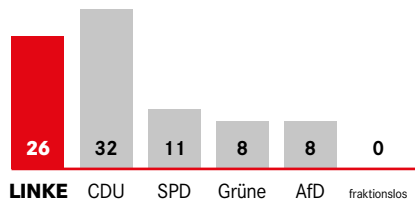
## Große Anfragen



## Kleine Anfragen



## Wahlvorschläge

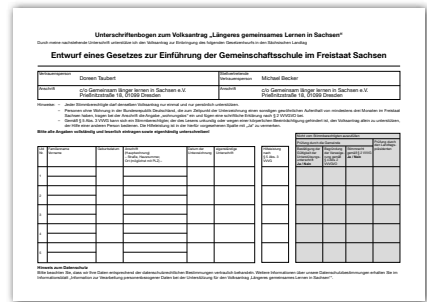


Stand: 20.06.2019

# Die Volksgesetzgebung lebt auf – für bessere Bildung. Länger gemeinsam lernen!

Jahrelang lag die Volksgesetzgebung in Sachsen am Boden. Denn die CDU hält die Hürden vor allem für Volksentscheide hoch – nach wie vor müssen 450.000 Wahlberechtigte unterschreiben, damit auf diese Weise eine Entscheidung getroffen werden kann. Dabei ist die Bevölkerung kleiner geworden, seitdem die Verfassung verabschiedet worden ist, und der Anspruch, dass die Sächsinen und Sachsen gleichrangige Gesetzgeber neben dem Landtag sein sollen, ist seit langem nicht eingelöst.

In dieser Wahlperiode allerdings hat ein breites unabhängiges Bündnis aus Bildungsexperten, Verbänden, Gewerkschaften und Parteien einen neuen Anlauf gewagt und seit dem 1. September 2018 Unterschriften für einen Volksantrag gesammelt. Das Schulgesetz und das Gesetz über die Schulen in freier Trägerschaft sollen geändert werden: Schulen sollen gemeinsames Lernen bis zur achten Klasse anbieten dürfen. Denn unsere Kinder werden viel zu früh sortiert. In der vierten Klasse kann niemand sicher sagen, welchen Weg ein Kind meistern kann. Ziel ist es, ein »Optionales Modell« ins Schulgesetz einzufügen. Damit sollen Gemeinschaftsschulen entstehen können, in denen nicht mehr frühzeitig nach Leistung getrennt wird, sondern



von Anfang an bis zum Schulabschluss gemeinsam gelernt werden kann. Gemeinschaftsschulen sollen nicht flächendeckend vorgeschrieben werden, sondern freiwillig an den Standorten eingeführt werden dürfen, an denen die betreffende Schule, die Eltern und der Schulträger dies gemeinsam wollen.

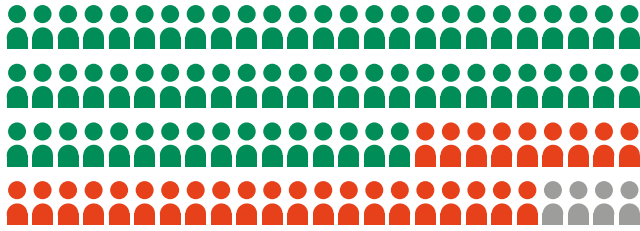
Die Linksfraktion unterstützt diese Initiative aus ganzem Herzen – denn es gibt dafür gute Argumente:

## ■ **Leistung soll sich lohnen!**

Im gegliederten Schulsystem können viele nicht den Abschluss erwerben, der ihrem Leistungsvermögen entspricht. Wer was schaffen kann, zeigt sich erst am Ende des Bildungsgangs. Begabungen stehen nicht fest, sondern lassen sich entwickeln! Jede und jeder soll alles erreichen können, wenn die Leistung stimmt.

# 2/3

Zwei Drittel der Sächsinen und Sachsen wollen längeres gemeinsames Lernen. Wir auch!



## ■ Schulen erhalten, Lehrkräftemangel lindern

Wenn Schulstandorte organisatorisch (nicht räumlich!) zusammengelegt werden, lassen sich Mindest-Schülerzahlen leichter erreichen. Lehrkräfte könnten flexibel für Schulstufen ausgebildet werden, nicht mehr nach Schularten.

## ■ Schulabbrüche vermeiden

Sachsens Schulsystem entlässt etwa ein Zehntel der jungen Menschen mit dem Hauptschul-, ein weiteres Zehntel ohne Abschluss. Ein Fünftel der Jugendlichen ist also auf dem Arbeitsmarkt weitgehend chancenlos. Im Pisa-Spitzenreiter Finnland, wo alle bis zur 9. Klasse gemeinsam lernen, schaffen 95 Prozent das Abitur und fünf Prozent beginnen direkt eine Berufsausbildung.

## ■ Besseres Lernen für alle

Das gegliederte Schulwesen besteht aus Einheitsschulen, die frontal und kaum individualisiert unterrichten. Zwar können die Gymnasien schneller Stoff vermitteln, jedoch herrscht oft großer Druck. In den Oberschulen fehlen Vorbilder, Schülerinnen und Schüler passen sich dem Leistungsniveau an, oft bleiben die Besseren unter ihren Möglichkeiten. Längeres gemeinsames Lernen schafft ein leistungsför-

derndes Lernumfeld für alle. Stärkere und Schwächere lernen fachlich und sozial voneinander, in einer längerfristig stabilen Umgebung – motiviert durch Erfolg statt durch Angst.

## ■ Gemeinsam lernen ist sozial

Kein Kind kann etwas dafür, in welches Elternhaus es geboren wird. Dennoch schaffen es Arbeiterkinder viel seltener als Akademikerkinder aufs Gymnasium, selbst wenn sie genauso intelligent sind. Die wenigsten Eltern können den Nachwuchs zur Nachhilfe oder auf eine Privatschule schicken. Diese Ungerechtigkeit wird kleiner, wenn später über den Schulabschluss entschieden wird. So behalten alle Kinder alle Möglichkeiten.

## ■ Gemeinsam Lernen hilft der Wirtschaft

Sachsens Betriebe brauchen qualifizierbare Absolventinnen und Absolventen, denen nicht schon Grundvoraussetzungen fehlen. Jede Schulabbrecherin, jeder Schulabbrecher, jedes im gegliederten System untergegangene Talent ist ein Potential, das zu vernachlässigen wir uns nicht leisten können. Die Handwerkskammern wie die Industrie- und Handelskammern, die hunderttausende Unternehmen vertreten, wollen längeres gemeinsames Lernen.

## ■ Die Mehrheit steht dahinter

Das Meinungsforschungsinstitut Kantar Emnid hat in unserem Auftrag eine repräsentative Stichprobe aus den wahlberechtigten Sächsinen und Sachsen zur Gemeinschaftsschule befragt. Das Ergebnis ist eindeutig: Zwei Drittel unterstützen den Vorschlag, die Schülerinnen und Schüler gemeinsam an einer Schule lernen zu lassen, wo alle Abschlüsse angeboten werden. Selbst die Anhänger der CDU sagen mehrheitlich ja zur Gemeinschaftsschule. 64 Prozent der Befragten halten es für falsch, dass die Schüler derzeit nach Klasse 4 auf die Schulformen Oberschule und Gymnasium verteilt werden. Die Menschen im Freistaat gaben noch ein weiteres eindeutiges Votum ab: Drei Viertel würden dafür unterschreiben, dass ein Volksentscheid über das längere gemeinsame Lernen stattfindet. In der Anhängerschaft aller großen

Parteien gibt es dafür eine deutliche Mehrheit.

Wir wollen kein Talent verschenken. Deshalb riefen und rufen wir dazu auf, die Volksinitiative für längeres gemeinsames Lernen zu unterstützen. In neun deutschen Bundesländern durften sich Gemeinschaftsschulen längst bewähren. International sind Längeres gemeinsames Lernen und Gemeinschaftsschulen ohnehin Standard.

**Die Unterschriftensammlung wurde im Juli abgeschlossen und reichlich 40.000 Unterschriften wurden dem Landtagspräsidenten übergeben.**

**Aus den Reihen der LINKEN war etwa die Hälfte der Unterschriften beigesteuert worden. Der Ball liegt nun im Parlament – die Fraktionen werden mit dem Volksantrag umzugehen haben.**



# Wir zeichnen aus: Anerkennung und Ansporn für eine aktive Zivilgesellschaft

Insgesamt dreimal in der 6. Wahlperiode haben die Abgeordneten der Linksfraktion den Preis »**Gelebte Willkommenskultur und Welt-offenheit in Sachsen**« ausgelobt, der stets im Juni im Umfeld des Weltflüchtlingstages verliehen wurde. Der Preis wurde unmittelbar aus Spenden der Fraktionsmitglieder finanziert. »Mehr als einhundert zivilgesellschaftliche Initiativen betreuen seit vielen Jahren ehrenamtlich Asylsuchende, Flüchtlinge sowie Migrantinnen und Migranten in Sachsen. Sie stehen Asylsuchenden zur Seite und fördern so die Verständigung der Kulturen und das Miteinander aller in Sachsen lebenden Menschen. Das gesellschaftliche Klima wird auch durch PEGIDA und Co. zunehmend vergiftet. Dem müssen wir gemeinsam entgegenwirken, indem wir gute Taten der Zivilgesellschaft würdigen und unterstützen«, begründete der Fraktionsvorsitzende Rico Gebhardt die Preisvergabe. Verliehen wurde der Preis in drei Kategorien: In der Kategorie »**Etablierte Initiative**« wurden Projekte geehrt, die schon eine etwas längere Zeit arbeiteten, in der Kategorie »**Junge Initiative**« Projekte, die erst am Anfang ihrer Tätigkeit standen. Hinzu kam in der dritten Kategorie ein Preis für eine **Einzelperson**, die sich für Geflüchtete einsetzt, ohne

eine Organisation im Hintergrund zu wissen.

**2015** bestand die Jury aus den LINKEN Landtagsabgeordneten **Juliane Nagel** (Sprecherin für Flüchtlings- und Migrationspolitik), **Lutz Richter** (Demokratiepolitischer Sprecher) und **Marion Junge** (Sprecherin für Bürger\*innenanliegen). Mit **Johanna Stoll** von der Jüdischen Gemeinde Dresden und **Emiliano Chaimite**, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Ausländerrats Dresden e. V., konnten auch zwei externe Juroren gewonnen werden. Zur Verleihung am 19. Juni 2015 im Landtag sprach der damalige Sächsische Ausländerbeauftragte Prof. Dr. Martin Gillo (CDU) ein Grußwort. Ausgezeichnet wurden in der Kategorie »Etablierte Initiative« der Verein **Bon Courage e.V.** aus Borna; der Preis in der Kategorie »Junge Initiative« ging an das Bündnis »**Willkommen in Roßwein**« und der Preis für die »Engagierte Persönlichkeit« an **Ines Mättig** aus Bautzen.



*Willkommenspreis 2016*



*Grüßwort des Sächsischen Ausländerbeauftragten Martin Gillo im Juni 2015*

Anlässlich der Verleihungsveranstaltung forderte Rico Gebhardt, dass Menschlichkeit im Zentrum aller Politik stehen solle. »Sie muss verteidigt werden – in einer Zeit, in der Fremdenfeindlichkeit und verschiedene Formen von Rassismus Konjunktur haben. In einer Zeit, in der Hetzer die Ungleichwertigkeit von Menschen propagieren und Ängste ausnutzen. In einer Zeit, in der viele ihre Ressentiments ausleben, nicht wissen oder nicht wissen wollen, in welcher Situation sich Geflüchtete wirklich befinden, und mindestens in Kauf nehmen, dass sich ein Klima der Angst und der Feindseligkeit ausbreitet. In einer Zeit, in der die Axt an den zivi-

lisatorischen Grundkonsens gelegt wird, nach dem alle Menschen – wer sie auch sind und woher sie kommen mögen – das Recht haben auf ein Leben in Würde«. In einer solchen Zeit gebe es dennoch standhafte Menschen, die sich trotz großen Gegenwinds mit Energie, Standhaftigkeit und Kreativität für die Belange von Schwächeren einsetzen.

Im Jahr **2016** veränderte sich die Jury leicht: Neben den bisherigen Mitgliedern **Juliane Nagel, Lutz Richter, Marion Junge** und **Emiliano Chaimite** entschied die Asylsuchende **To Ha Hoang Thi** über die Vergabe. Wieder wurden die Preisgelder von je 1.000 Euro für die Kategorie »Etablierte Initiative« und »Junge Initiative« sowie von 500 Euro für die »Engagierte Einzelperson« von den Abgeordneten gespendet. Die Preisverleihung fand am 20. Juni 2016 in den Räumlichkeiten des »Sorbischen Nationalensembles« (SNE) in Bautzen statt. Sie wurde anlässlich des bevorstehenden 75. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion mit der Erstaufführung der »Stalingrad-Sinfonie«, Werk des sorbischen Komponisten



*Die Preisträger\*innen 2016*





Die Preisträger\*innen 2017

Heinz Roy, in Sachsen durch das Kammerorchester des SNE verbunden. An der öffentlichen Veranstaltung nahmen auch der Oberbürgermeister der Stadt Bautzen, Alexander Ahrens, der ein Grußwort hielt, und die Ausländerbeauftragte des Landkreises Bautzen, Anna Piętak-Malinowska, teil. Ausgezeichnet wurden diesmal in der Kategorie »Etablierte Initiative« die **AG Asyl-suchende Sächsische Schweiz/Osterzgebirge e.V.**; als »Junge Initiative« erhielt der **Chemnitzer Willkommensdienst** den Preis. Die Auszeichnung für die »Engagierte Persönlichkeit« ging an **Susann Augusta** aus Langenwolmsdorf (Stolpen) für alltägliche tatkräftige Integration von asylsuchenden Familien in der Nachbarschaft.

Auch **2017** wurde der Willkommenspreis verliehen. Rico Gebhardt erklärte im Vorfeld: »Zwar können vor allem wegen der herrschenden Abschottungspolitik inzwischen weniger Menschen bei uns um Hilfe bitten – doch die Ruhe trägt: das Gift der Spaltung, der schlichten Scheinlösungen, der Hetze gegen Sünden-

böcke wirkt nach wie vor, Menschenrechte stehen infrage.

Der Preis soll all jene würdigen, die dem Hass eine Absage erteilen und sich für ein friedliches Miteinander aller Menschen, für einen weltoffenen Freistaat Sachsen einsetzen. Sie sind für uns potentielle Partner im Kampf um soziale Sicherheit für alle, die hier leben.« Die Preisverleihung fand im Rahmen des Sommerempfangs der Fraktion im Radisson Blu Park Hotel & Conference Centre in Radebeul statt. Ausgezeichnet wurden die etablierte **Initiative für ein weltoffenes Geithain**, die junge **Initiative Kontaktstelle Wohnen – Zusammen e.V.** (Leipzig) und als engagierte Persönlichkeit **Kirsten Erlebach** aus Pirna.



Im Jahr **2018** schließlich wurde der Preis umgewidmet. Die Mitglieder der Linksfraktion lobten in diesem Jahr erstmals einen »**Engagement-Preis für demokratische Kultur**« aus. Der Kreis möglicher Preisträgerinnen und Preisträger wurde breiter, wie der Demokratiepolitische Sprecher Lutz Richter begründete: »Mit der Auszeichnung sollen Personen, Gruppen, Initiativen, Vereine oder Verbände öffentlich gewürdigt und geehrt werden, die sich für ein friedliches Zusammenleben aller in Sachsen lebenden Menschen und für deren stärkere Mitwirkung an den sie betreffenden politischen Entscheidungen einsetzen. Die Würdigung solcher Initiativen ist umso notwendiger, als die CDU-geführte Staatsregierung zivilgesellschaftlich-kritischem Engagement und wirklicher Bürgerbeteiligung weiterhin kritisch bis ablehnend gegenübersteht.« Juliane Nagel, Sprecherin für Migrations- und Flüchtlingspolitik, fügte hinzu: »Wir wollen ein breites Spektrum von Initiativen ansprechen, zum Beispiel auch solche, die sich antifaschistisch, antirassistisch, gegen Diskriminierung und für eine demokratische Kultur engagieren, also für ein

besseres gesellschaftliches Klima im Freistaat.« Die Jury wurde mit den fünf Fraktionsmitgliedern **Juliane Nagel, Sarah Buddeberg, Luise Neuhaus-Wartenberg, Lutz Richter** und **Franz Sodann** besetzt. Die Preisverleihung fand im Rahmen einer öffentlichen Fraktionsveranstaltung im Landtag am Vorabend des Internationalen Tages der Demokratie am 14. September 2018 statt.

In der Kategorie »Etablierte Initiative« ging die Auszeichnung an das **Netzwerk für demokratische Kultur Wurzen**. Als »Junge Initiative« erhielt die **Demobeobachtungsgruppe Leipzig** den Preis, und als »Engagierte Einzelperson« wurde **Rebecca Jäger** als Kämpferin gegen Missstände beim Transsexuellengesetz ausgezeichnet.

Getrübt wird die Freude über die Möglichkeit, solche Preise zu vergeben, einzig von der Gewissheit, dass nicht alle Einsenderinnen und Einsender damit bedacht werden können – obwohl sie es verdient hätten. Die Linksfraktion will dennoch alle Engagierten weiter aus ganzer Kraft unterstützen.



Die Preisträger\*innen 2018

# Fraktion vor Ort: Öffentliche Fraktionssitzungen

*Das Ohr bei den Leuten haben und präsent sein – das ist auch für die Linksfraktion ein wichtiger Anspruch. Ihn versuchen wir auch einzulösen, indem wir von Zeit zu Zeit geschlossen das Parlamentsgebäude verlassen und uns der Diskussion vor Ort stellen.*

Am **6. Februar 2018** ging es zur ersten öffentlichen Fraktionssitzung dieser Wahlperiode nach **Chemnitz**. Vormittags tagte die Fraktion im Kulturzentrum Das TIETZ, bevor sich nach einem Besuch des CFC-Stadions verschiedene Delegationen aus Abgeordneten und Fraktionsbeschäftigten zu verschiedenen Chemnitzer Einrichtungen begaben. Besucht wurden das Klinikum Chemnitz, das Alternative Jugendzentrum Chemnitz, die SFZ Förderzentrum gGmbH sowie das Fraunhofer-Institut für Werkzeugmaschinen und Umformtechnik. In den Abendstunden fand dann im Salon Harrtmann ein öffentliches Fachgespräch statt. Vor dem Hintergrund von Fachkräftemangel, Niedriglöhnen, Platznot und Überlastung fragten wir: Ist die Pflege noch zu retten? Darüber diskutierten wir mit Vertretern von Pflegeeinrichtungen, Gewerkschaften, der AOK und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands.

Susanne Schaper, Chemnitzer Abgeordnete und Sprecherin für Gesundheits- und Sozialpolitik, bilanzierte: »Es ist eine dreistnaive Ansicht, die Probleme in der Pflege würden verschwinden, wenn man nicht mehr darüber spricht. Unser



Besuch des Klinikums und das Gespräch mit Betroffenen zeigen uns erneut: Das Pflegesystem ist krank, nicht nur infolge der von CDU-Minister Blüm betriebenen Pflegereformen, die es dem Markt ausgeliefert haben. Der Pflegenotstand wächst, auch weil immer mehr Menschen pflegebedürftig sein werden. Die Ankündigung aus Berlin, 8.000 neue Pflegestellen zu schaffen, ist lächerlich. Ein Neustart ist überfällig. Ministerpräsident Kretschmer ist im Kampf um bessere Pflege allerdings kein Partner für die Beschäftigten, pflegende Angehörige und Gepflegte, denn er hat für sie bisher nur warme Worte übrig.

Pflege – ob beruflich oder nicht – ist eine enorme körperliche, geistige und finanzielle Belastung. Die privaten Angehörigen bleiben damit oft allein, die Hauptberuflichen stehen unter Druck. Die durchschnittliche Verweildauer im Beruf liegt bei nur etwa acht Jahren, Nachwuchs gibt es kaum. Wir fordern ein Landespflegegesetz, eine Landesbedarfsplanung, höhere Entgelte und die Akademisierung des Berufs. Ein bundesweiter Pflegemindestlohn von 14,50 Euro muss her, die Ausbildung kostenfrei sein. Zur Finanzierung muss die Pflegeversicherung zur Vollversicherung ausgebaut werden, in die alle für ihre gesamten Einkünfte Beiträge entrichten.«

Doch nicht nur zum Thema Pflege gewann die Fraktion wichtige Eindrücke und erhielt Anregungen für die Arbeit im Landtag. Der Fraktionsvorsitzende Rico Gebhardt dankte allen Beteiligten dafür: »Bei Fraunhofer konnten wir einen beeindruckenden Blick hinter die Kulissen von Industrie 4.0 werfen – erneut zeigt sich, dass die Folgen der Digitalisierung für die Arbeitswelt und die gesamte Gesellschaft auch in den Blick der Landespolitik gehören. Dem Alternativen Jugendzentrum haben wir versichert, uns weiter dagegen zu wehren, wenn mit der Androhung des Fördermittelentzugs in die Vereins- und Jugendarbeit eingegriffen wird. Vom SFZ haben wir die Forderung mitgenommen, bessere Bedingungen für Integrationsbetriebe zu schaffen, in denen Menschen mit und ohne Behinderung arbeiten.«

Den zweiten Fraktionstag verbrachten die Abgeordneten am **5. Juni 2018** im malerischen Ort **Hohnstein** in der sächsischen Schweiz. Im Zentrum stand ein Thema, das die Menschen in der Stadt seit Jahren bewegt: Wie geht es mit der Burg Hohnstein weiter? Am Ort des Geschehens diskutierten wir darüber mit Bürgermeister Daniel Brade (SPD), dem Beigeordneten im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge Heiko Weigel sowie mit Dr. Christian Striefler, dem Direktor der Staatliche Schlösser, Burgen und Gärten Sachsen, gGmbH. Weitere Gespräche gab es zu den Themen Tourismus, Erinnerungspolitik und Kommunal Finanzen. Eine Delegation begab sich zum nahen Klinikum Sebnitz, um dort mit der Klinikleitung und dem Klinikpersonal über die gesundheitliche Versorgung der Region zu sprechen

*Burg Hohnstein*





Öffentliche Fraktionssitzung in Hohnstein

– sowie die aktuelle Situation der sächsischen Asklepios Standorte in Sebnitz, Hohwald und Radeberg. Die Ergebnisse machte das Klinikum in einer gemeinsamen Presserklärung mit der Linksfraktion publik:

»Sebnitz, 6. Juni 2018. »Am Klinikstandort Sebnitz soll dauerhaft festgehalten werden.«. Das betonte Regionalgeschäftsführer Patrick Hilbrenner beim gestrigen Besuch von etwa zehn Mitgliedern und Mitarbeitern der Landtagsfraktion DIE LINKE in der Asklepios Sächsische Schweiz Klinik Sebnitz. Bei dem etwa zweieinhalbstündigen Treffen, bei dem außerdem Geschäftsführerin Tina Winkler, der Chefarzt für Innere Medizin Dr. med. Andreas Müller, der stellvertretende Pflegedienstleiter Kai Gottfried sowie Vertreterinnen und Vertreter des Betriebsrates zum Austausch über die aktuellen Sorgen und Nöte in der Klinik aufgefordert waren, wurde schnell deutlich, dass insbesondere ein Haus der Grund- und Regelversorgung wie Sebnitz tagtäglich mit schwierigen Rahmenbedingungen kämpfen muss.

Thema Nummer eins sei der Fachkräftemangel. »Allein an den drei sächsischen Standorten Sebnitz, Radeberg

und Hohwald fehlen 30 bis 40 Pflegekräfte«, sagte Hilbrenner. Mit dem Nachwuchs im ärztlichen Bereich gibt es ebenfalls ein Defizit. Junge Ärzte zu gewinnen sei schwierig, so Geschäftsführerin Tina Winkler. Nicht nur, dass es viel zu wenig Studienplätze gäbe, junge Mediziner wählten ihren Arbeitsplatz bevorzugt in Metropolregionen. Zukünftig würde es im Zuge der Diskussion um Mindestmengen auch bei einfachen Eingriffen sogar noch schwieriger werden, Nachwuchs zu rekrutieren, ergänzte Betriebsratsmitglied und Leiterin der Notfallambulanz Annette Weise. Zudem verzögerten sich immer wieder Versuche, ausländische Kollegen ans Haus zu holen, u. a. weil Abschlüsse nicht anerkannt werden, berichtete Chefarzt Müller aus seiner Praxis.

Diese Entwicklung erfordere besonders in ländlichen Regionen ein Umdenken, denn die ambulante Versorgung sei damit gefährdet. Die Zahl der Hausarztpraxen werde wegen fehlender Nachfolger weiter sinken. Um eine bessere medizinische Versorgung auf dem Land sicherzustellen, fordert die Klinikleitung des Standortes Sebnitz, die sektoralen Grenzen zwischen ambulanter und stationärer

Versorgung aufzuheben. Sehr kleine und unwirtschaftliche Kliniken sollten zu Gesundheitszentren mit starkem ambulantem Leistungsangebot umgebaut werden.

Um die sächsischen Klinikstandorte für Fachkräfte attraktiver zu gestalten, hat die Klinikleitung bereits eigene Maßnahmen auf den Weg gebracht. Die körperliche und psychische Fitness ist die Grundvoraussetzung für einen reibungslosen Klinikablauf. Daher gibt es wie an jedem Asklepios-Standort bundesweit ebenso in Sebnitz, Hohwald und Radeberg einen Präventionsbeauftragten, der sich vor allem um die Gesundheitsförderung der Mitarbeiter kümmert und bestimmte Angebote wie Massagen konzipiert. Darüber hinaus erhalten Mitarbeiter einen Zuschuss für Kindergartenbeiträge oder können für ihre Sprösslinge in den Ferien kostenfrei das Angebot eines Sommerferiencamps nutzen, das gemeinsam mit dem ASB Neustadt Sachsen organisiert wird. Auch mit dem Angebot flexibler Arbeitszeitmodelle will man dem Fachkräfteproblem begegnen. Um eigenen Pflegenachwuchs zu generieren, soll die Anzahl der Schüler an der hauseigenen Krankenpflegeschule am Standort Hohwald verdoppelt werden. »Außerdem bieten wir jedem Absolventen einen Arbeitsvertrag an«, erklärt Hilbrenner.

Die Klinikleitung sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machten deutlich, dass sie sich mehr Unterstützung auf politischer Ebene wünschen. Susanne Schaper, Sprecherin der

Linksfraktion für Sozial- und Gesundheitspolitik bedankte sich am Ende des Austauschs für den Einblick in die Situation des Sebnitzer Krankenhauses und bei der Geschäftsführung für das klare Bekenntnis zum Standort. Sie sicherte zu, das Besprochene mitzunehmen: »Die Häuser der Grund- und Regelversorgung brauchen Unterstützung von der Landes- und Bundespolitik. Die strikte Trennung zwischen ambulantem und stationärem Bereich ist ein Relikt aus dem vergangenen Jahrhundert. Es müssen mehr medizinische Versorgungszentren her. Die Staatsregierung muss dafür streiten, dass es wesentlich mehr Medizin-Studienplätze gibt, dass ausländische Qualifikationen von Ärzten und Pflegepersonal leichter anerkannt werden und die Kostenerstattung für Krankenhäuser stärker auf deren tatsächlichen Aufwendungen basiert. Wir werden diese Probleme weiter im Landtag zum Thema machen.«

Zum Tagesabschluss kam die Fraktion im Festsaal der Burg nochmals auf das Tagesthema zurück. Zu einem Öffentlichen Fachgespräch zum Thema »Burg Hohnstein erhalten - Chancen und Perspektiven für den ländlichen Raum nutzen!« kamen verschiedene Persönlichkeiten zusammen: Prof. Dr. Uwe Hirschfeld, Professor für Politische Theorie und Bildung, Soziale Arbeit und Schule an der Evangelischen Hochschule Dresden; Dagmar Friede, Referatsleiterin Allgemeine Kulturangelegenheiten, Sorben, Erinnerungskultur im Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst; André Häntzschel, Geschäftsführer Tourismusförde-

rungsgesellschaft der Stadt Hohnstein mbH, und der örtliche LINKEN-Abgeordnete Lutz Richter loteten, moderiert durch die Parlamentarische Geschäftsführerin Sarah Buddeberg, Nutzungsmöglichkeiten aus. Richter befand im Anschluss: »Auch für uns steht fest, dass die Burg für Stadt und Umland als kultureller Treff und Herz der Stadt, touristischer und gastronomischer Kern der Gegend und als Gedenk- und Erinnerungsort von immenser Bedeutung ist. Doch sie ist gefährdet: Um eine weitere oder sogar eine stärkere Nutzung zu ermöglichen, muss in Millionenhöhe investiert werden. Das können weder der Landkreis noch die Stadt leisten – das könnte nur das Land. Wir werden uns im Landtag dafür einsetzen, dass sich der Freistaat nicht weiterhin heraushält. Denn die Burg muss unbedingt öffentlich zugänglich bleiben!

Wir freuen uns über die vielen Ideen, die es vor Ort für eine mögliche Nutzung gibt. Es ist wichtig, dass es eine aktive und engagierte Bürgerschaft

gibt, die sich mit eigenen Ideen, wie der einer Hängebrücke in die Debatte einbringt. Für uns ist klar, dass es beim neuen Nutzungskonzept diverse Pfeiler geben muss – mindestens Übernachtungsmöglichkeiten, Vereinsleben, Veranstaltungen, Freizeitmöglichkeiten, aber auch ein würdiges Gedenken an die Geschichte des frühen Konzentrationslagers, das sich dort befand. Ich halte auch die Idee, eine mit internationalen Partnern eine Jugend-Begegnungsstätte zu schaffen, weiter für überlegenswert.«

Am **11. September 2018** war die Fraktion wir auf dem Marienplatz in **Görlitz** präsent und stand bereit für Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern über alle gewünschten politischen Themen. Moderiert wurde die Veranstaltung vom stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Marco Böhme, der einzelne Abgeordnete zu ihrer Arbeit interviewte. Am Nachmittag ging es in zwei Diskussionsrunden um Chancen und Risiken der Digitalisierung. Im Krankenhaus Emmaus Niesky



Öffentliche Fraktionssitzung in Görlitz

diskutierten wir mit Dr. Matthias Schröter, Verwaltungsdirektor des Diakonissenkrankenhauses Dresden, und Vertreterinnen eines entsprechenden Modellprojekts die Folgen der Digitalisierung für die medizinische Gesundheitsversorgung. Und im Bürgerbüro von Mirko Schultze in Görlitz ging es um die Digitalisierung und die Arbeitswelt – zu Gast waren hier Udo Döring, Betriebsrat bei Teleperformance Görlitz, und Thorsten Ahrens vom DRK Kreisverband Görlitz Stadt und Land e.V.

Die vierte öffentliche Fraktionssitzung fand am **13. November 2018** in **Leipzig** statt. Thema war die Novelle des Polizeirechts, die von der CDU-SPD-Koalition angestrebt wird. Am Vormittag berieten die Abgeordneten im »Haus des Buches« über das Thema »Novellierung des Polizeirechts – Risiken für Grund- und Freiheitsrechte«. Zu Gast war Sylvia Queck-Hänel, Ordnungsamtschefin in Görlitz. Wir sehen uns in unserer Kritik bestätigt, dass die Regierung unverhältnismäßig weit und tief in die Grundrechte eingreifen will – und das für einen zweifelhaften Sicherheitsgewinn. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen zu potentiellen Gefährdeten und Gefährdeten erklärt werden.

Eingriffsbefugnisse der Polizei sollen greifen, ohne dass jemand überhaupt eine Straftat vorbereitet oder verübt hat. Damit werden Mittel der Terrorabwehr in polizeiliches Alltagshandeln überführt, Polizei und Nachrichtendienste vermischen sich zusehends.

Der Nachmittag stand im Zeichen zweier Besuche bei Einrichtungen vor Ort. Eine Delegation stattete dem Kommunalen Streetwork der Stadt Leipzig einen Besuch ab. Die Abgeordneten bekamen einen Überblick über die Problemlagen in den Stadtbezirken. Streetwork versucht neben der Herstellung von Kontakten zu Drogen- und Suchtberatung sowie anderen Hilfestellungen, vielen den Familien und Institutionen entglittenen Jugendlichen einen Zugang zu ebnen, um Wohnungslosigkeit zu verhindern und aus Wohnungslosigkeit wieder heraus zu kommen. Allerdings stoßen sie dabei auf einen »leergelegten Wohnungsmarkt« in Bezug auf bezahlbare Wohnungen. Die Arbeit ist nicht ausreichend mit Personal ausgestattet und braucht dringend stärkere Unterstützung durch den Freistaat.

Eine zweite Delegation besuchte im Peterssteinweg die Leipziger Depen-



Öffentliche Fraktionssitzung in Leipzig



dance der Opferberatung, die von den Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen e. V. (RAA) angeboten wird. Die Engagierten berichten von steigenden Fallzahlen im Bereich rassistisch motivierter Gewalt zumal nach dem Tötungsdelikt an Daniel H. in Chemnitz. Personell ist die Opferberatung nicht in der Lage, den enormen Bedarf zu befriedigen – Gewaltopfer, die oft einen Migrationshintergrund haben, brauchen sensiblen und persönlichen Beistand, was mit den wenigen hauptamtlichen Kräften kaum zu stemmen ist. Zudem müssen Fördermittel in jedem Jahr neu beantragt werden. Die Vermittlung von Gewaltopfern falle schwer, wenn es sich nicht um häusliche Gewalt handle; dafür brauche es weitere Schutzeinrichtungen. Weil der Interventionsauftrag die Engagierten so stark fordere, bleibe kaum Zeit für den Präventionsauftrag; die Polizei habe sich aus der Präventionsarbeit weitestgehend verabschieden müssen, weil das Personal fehlt. Es sei dringend notwendig, dass der Freistaat mehr Mittel für Prävention bereitstelle. Opfer rassistisch motivierter Gewalt müssten ein Bleiberecht bekommen, um in Strafprozessen als Zeugen verfügbar zu bleiben. Das hat die Linksfraktion im Landtag bereits gefordert.

Den Tag rundete ein öffentliches Fachgespräch zum Thema »Polizeirecht« ab. Auf dem Podium saßen Heiko Rosenthal (DIE LINKE), Ordnungsbürgermeister der Stadt Leipzig; zudem Rainer Engelmann (DIE LINKE), Stadtrat in Leipzig, die Rechtsanwältin Rita Belter sowie Prof.

Rebecca Pates vom Institut für Politikwissenschaft Universität Leipzig. Veranstaltungsort war der Offene Freizeittreff »Rabet« in der Eisenbahnstraße, die Moderation übernahm der Innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Enrico Stange. Die zuweilen sehr emotionale Diskussion zeigte deutlich nicht nur die einhellige Ablehnung des Polizeigesetzes durch die Anwesenden auf dem Podium und im Publikum, sondern auch die schlimmen Auswirkungen der Waffenverbotszone, die das CDU-geführte Innenministerium in diesem Quartier durchgesetzt hat. Anwohnerinnen und Anwohner berichteten eindringlich von massiven Personenkontrollen gegen Menschen, die »nicht deutsch genug aussehen«. Ordnungsbürgermeister Rosenthal versprach, vor Ort Diskussionen unter Beteiligung der Polizei zu organisieren, um dem Problem zu begegnen.

Am **30. April 2019** tagte die Fraktion dezentral in **Riesa, Hoyerswerda** und **Marienberg**. Im Vorgriff auf den 8. Mai stand das Thema Frieden und Friedenssicherung im Mittelpunkt. In Marienberg gab es eine Öffentliche Bürgersprechstunde zu sozialen Themen auf dem Marktplatz, nachmittags einen Informationsbesuch und ein Fachgespräch mit der Landestalsperrenverwaltung zu laufenden Hochwasserschutzmaßnahmen an der Schwarzen Pockau in der Ortslage Pockau. In Riesa standen die Abgeordneten unter dem Schwerpunktthema »Für ein friedliches Europa« Rede und Antwort, vor Ort waren auch die LINKE Europaabgeordnete Dr. Cornelia Ernst sowie



der LINKE Bundestagsabgeordnete Dr. André Hahn. In Hoyerswerda fand ein Gemeinsamer Appell für den Frieden und gegen Aufrüstung, für ein friedliches Europa und für gute Beziehungen zwischen den Staaten der EU und Russland im Zentralpark statt. Mit der Bundestagsabgeordneten der LINKEN Caren Lay demonstrierten die

Landtagsabgeordneten auch mittels eines aufblasbaren Panzers, dessen Geschützrohr verknotet ist, für den Frieden.

Die Linksfraktion wird weiter mit weiteren öffentlichen Fraktionssitzungen präsent sein und Anregungen auch tatsächlich in Politik umsetzen.

# Eingaben ans Parlament müssen scharfe Schwerter werden!

Wer in Sachsen etwas auf dem Herzen hat, von dem er oder sie glaubt, dass es politisch gelöst werden könnte, kann sich an den Petitionsausschuss des Landtages wenden. Dort werden, so heißt es auf der Webseite des Parlaments, »Bitten oder Beschwerden von Bürgern bearbeitet, die sich auf Verwaltungsmaßnahmen von Ämtern oder Behörden beziehen, die der Aufsicht des Freistaates Sachsen unterstehen. Dies können Beschwerden bezüglich einer sächsischen Landesbehörde sein, aber auch Gesetzesänderungsvorschläge, -beanstandungen und -anregungen.« Und weiter: Der Petitionsausschuss »veranlasst die zur Behandlung der Petition erforderlichen Schritte und Maßnahmen. Dazu gehört das Einholen einer Stellungnahme der Staatsregierung und gegebenenfalls auch des zuständigen Fachausschusses des Landtags. Außerdem können Ortstermine durchgeführt werden.« Für die Linksfraktion gehören in der 6. Wahlperiode die Abgeordneten Marion Junge, Kathrin Kagelmann, Kerstin Lauterbach, Luise Neuhaus-Wartenberg, Janina Pfau und Lutz Richter diesem Ausschuss an.

Erfahrungen zeigen allerdings, dass das Gremium die Erwartungen vieler Petenten nicht erfüllen kann. Das liegt einerseits daran, dass viele Anliegen vorgebracht werden, denen

auf parlamentarischem Wege nicht abzuhelpen ist. Wer etwa Probleme mit einer Steuerprüfung hatte und deshalb oder wegen eines anderen Sachverhalts den Rechtsweg beschreitet oder beschritten hat, kann wenig Hilfe erwarten – denn der Petitionsausschuss ist, ebenso wie der Landtag, den Gerichten gegenüber nicht weisungs- oder kontrollbefugt. Die Gewalten sind getrennt und die Gerichte unabhängig, sodass das Parlament Gerichtsurteile weder beeinflussen noch aufheben kann. Die Justiz kontrolliert sich selbst. Wer also vor Gericht scheitert, ist mitunter gut beraten, auf dem Rechtsweg in höhere Instanzen vorzudringen. Es liegt dann in der Verfahrenshoheit der Petenten, Rechts- oder Dienstaufsichtsbeschwerden zu erheben, Strafanzeigen zu stellen oder Rechtsmittel



einulegen – oder davon abzusehen. Auch Verfristungen können dazu führen, dass in manchen schlimmen Einzelschicksalen keine politische Hilfe möglich ist, so sehr man sich das als Abgeordnete oder Abgeordneter auch wünschen mag.

Andererseits scheitern viele Petenten mit ihren Anliegen an der Tatsache, dass auch der Petitionsausschuss entsprechend dem Stärkeverhältnis der Fraktionen besetzt ist, also mit der Mehrheit seiner Mitglieder entscheidet. Wer ein Anliegen vorbringt, das die Regierungskoalition politisch ablehnt, wird sich schwerlich durchsetzen; die Opposition wird dann regelmäßig überstimmt. Über diesen Umstand darf nicht hinwegtäuschen, dass die Vorsitzende des Petitionsausschusses nach parlamentarischer Sitte der größten Oppositionsfraktion angehört. In dieser Wahlperiode übernahm die LINKEN-Abgeordnete Kerstin Lauterbach dieses Amt. Da mag es manchmal komisch anmuten, dass sie in ihrer formalen (und daher dem Neutralitätsgebot unterliegenden) Funktion als Ausschussvorsitzende sämtliche Schreiben unterzeichnet, die in Sachen Petition den Landtag verlassen – obwohl sie oder die Fraktion DIE LINKE die Entscheidungen des Ausschusses oder den Inhalt von Schreiben nicht in jedem Falle billigen.

Das Petitionsrecht stammt aus dem Jahr 2008 und muss dringend modernisiert werden. Das zeigen auch die Zahlen. 2016 wurden 485 Petitionen eingereicht, 396 vom Petitionsausschuss behandelt. Allerdings konnte

nur 37 Petitionen abgeholfen werden; in 359 Fällen – das sind fast 75 Prozent – nicht. Dieses Arbeitsergebnis ist sicher mangelhaft und unbefriedigend. Denn die Bürgerinnen und Bürger wenden sich mit konkreten Anliegen an die Politik und erhalten in der Regel nur eine gesetzlich begründete Ablehnung. Das frustriert und schnell entsteht der Eindruck, die Politik mache, was sie wolle. Bei vielen Eingaben wurde keine Abhilfe geschaffen, weil die Regierungskoalition abblockte – so verwehrte sie etwa im Falle der Petition des Schülerbündnisses »Bildung gegen Rassismus« sogar eine Anhörung.

Anstatt zu versuchen, im Sinne der Petenten optimale Lösungen zu finden, werden oft parteipolitische Spielchen gespielt. Die Befugnisse nach dem Petitionsausschussgesetz und der Geschäftsordnung sollten auch der Opposition zustehen! Angesichts der Verweigerungshaltung der Regierungskoalition muss man sich nicht wundern, dass immer weniger Bürgerinnen und Bürger am Petitionsverfahren teilnehmen. 2010 wurden noch 1.219 Petitionsschreiben eingereicht, 2016 weniger als die Hälfte. Das ist ein Alarmsignal. 2017 setzte sich der Abwärtstrend fort: 526 Petitionen erreichten den Landtag, 438 wurden vom Petitionsausschuss behandelt. In 71 Prozent der Fälle beschloss der Ausschuss mehrheitlich: »Der Petition kann nicht abgeholfen werden.« Seit Jahren waren nur etwa 30 Prozent der beschlossenen Petitionen ganz oder teilweise erfolgreich.

**Die Fraktion DIE LINKE fordert,** das Petitionsgesetz zugunsten der Petenten zu überarbeiten. Der Petitionsausschuss sollte bürgerfreundlicher, transparenter und öffentlicher arbeiten. Der Bundestag und einige Länder haben sich auf den Weg gemacht, das Petitionswesen zu modernisieren. Wir als Linksfraktion haben dazu die folgenden Vorschläge:

- Wie im Bundestag sollte es möglich sein, Petitionen öffentlich zu behandeln.
- Wie in Thüringen sollte es einen Härtefallfonds zur Unterstützung bei Notfällen geben, wenn eine besondere wirtschaftliche Notlage besteht und staatliche Hilfen nicht möglich sind.
- Der Landtag sollte ein/e Bürgerbeauftragte/n zur Ergänzung des Petitionswesens wählen.
- Massen- und Sammelpetitionen sollten auf Wunsch der Petenten öffentlich angehört werden

- Alle beschlossenen Petitionen einer Legislaturperiode sollten in einer Übersichtsdatei erfasst und diese im Internet veröffentlicht werden.
- Öffentliche Ortstermine sollten häufiger durchgeführt und grundsätzlich öffentlich angekündigt werden.
- Der Ausschuss sollte Petitionen für eilbedürftig erklären können.
- Die Staatsregierung sollte umfassender berichten müssen, wie sie mit abgeschlossenen Petitionen umgegangen ist.

**Die Landespolitik sollte sich mit den Anliegen und Forderungen der Bürgerinnen und Bürger tiefgründiger auseinandersetzen sowie Anregungen im Gesetzgebungsprozess umsetzen. Wer das Petitionsrecht stärkt, stärkt die Demokratie!**



# Anatomie des NSU-Skandals

*Nach jahrelanger Aufklärungsarbeit geht der zweite NSU-Untersuchungsausschuss des Sächsischen Landtages zuende. Was hat er gebracht?*

Markus Ulbig, damals Innenminister (CDU), versprach sehr viel, als er am 23. November 2011 ans Mikrofon trat: »Die Menschen in Deutschland erwarten eine zügige und umfassende Darstellung und Aufklärung darüber, wo Fehler gemacht worden sind«, sagte er zu den Abgeordneten. »Zu dieser Aufklärung leistet auch Sachsen – wo immer möglich – seinen Beitrag.«

Die hochtrabenden Worte fielen in der ersten Plenarsitzung des Sächsischen Landtages, nachdem der »Nationalsozialistische Untergrund« aufgefliegen war. Im thüringischen Eisenach hatten einige Tage zuvor, am 4. November 2011, zwei Männer eine Sparkasse überfallen, wurden danach von der Polizei entdeckt und töteten sich mit einem Gewehr. Ihre Namen: Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt. Kurz danach explodiert in Zwickau ein Wohnhaus. Eine Bewohnerin, die dort unter falschem Namen lebte, ergriff die Flucht. Einige Tage später stellte sie sich der Polizei, ihr richtiger Name: Beate Zschäpe. Das »Trio« kam aus der rechten Szene im thüringischen Jena. Dort hatte die die Polizei bei einer Durchsuchung Anfang 1998 Sprengstoff und mehrere vorbereitete Rohrbomben gefunden. Die Drei flohen sofort, tauchten erst bei

Gesinnungsgenossen in Chemnitz und später in Zwickau unter. Verschiedene Behörden suchten mit Haftbefehlen nach den Flüchtigen.

Doch es dauerte fast 14 Jahre, bis man sie wiederfand – und in Zwickau auf einen der größten Kriminalfälle in der Geschichte der Bundesrepublik stieß. Denn im Brandschutt lagen nicht nur die Reste einer Wohnungseinrichtung. Die Polizei fand dort zunächst Ausrüstungsgegenstände einer Polizeibeamtin, die 2007 in Heilbronn ermordet worden war. Danach eine Pistole mit Schalldämpfer, Tatwaffe bei einer bis dahin ungeklärten Mordserie, der in den Jahren 2000 bis 2006 in mehreren Bundesländern neun Menschen türkischer und griechischer Herkunft zum Opfer fielen. Und schließlich ein perfides Bekenner-Video, in der sich eine Gruppe mit dem Kürzel »NSU« zu diesen Taten und mehreren Bombenanschlägen bekennt. Bis dahin, sagen Sicherheitsbehörden, sei der NSU unbekannt gewesen. Über Jahre hinweg hatten diese Behörden, auch sächsische, stattdessen behauptet: Rechtsterrorismus existiert nicht. Aber es gab ihn doch – und er ging von Sachsen aus. Mit Raubüberfällen, elf davon im Freistaat, hielt sich die Gruppe über Wasser und finanzierte ihre Anschläge.

Wie konnte das passieren? Dem Aufklärungsversprechen des Innenministers folgte kaum etwas nach. Über Wochen erfuhren auch die Abgeordneten mehr aus den Medien als aus den Ministerien. Um das zu ändern, setzten die damalige Fraktion DIE LINKE gemeinsam mit SPD und Grünen im Frühjahr 2012 einen ersten Untersuchungsausschuss ein. Er gilt als das »schärfste Schwert« der Opposition, denn er darf Akten anfordern und Zeuginnen einbestellen. Nach gut zwei Jahren musste das Gremium zum Ende kommen, konnte aber nur eine Zwischenbilanz ziehen: Zu viele Fragen blieben offen. Daher setzte der Landtag auf Initiative der Fraktion DIE LINKE gemeinsam mit den Grünen – die restlichen Fraktionen stimmten nicht dafür – im April 2015 erneut einen Untersuchungsausschuss ein. Sein Name: »Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen«. Sein Auftrag: aufwändige Detailarbeit, die um die große Frage kreist, warum der NSU nicht früher entdeckt wurde. Damit befassten sich aus der Fraktion DIE LINKE die Abgeordneten Lutz Richter (Obmann), Kerstin Köditz (stellvertretende Ausschussvorsitzende), André Schollbach und Mirko Schultze als ständige Mitglieder des Gremiums.

Seitdem hat der Ausschuss in dutzenden Sitzungen insgesamt 70 Zeuginnen und Zeugen, vor allem aus den Bereichen der Polizei und des sogenannten Verfassungsschutzes, teils wiederholt, befragt. Dreiviertel der Anträge für diese Vernehmungen kamen von den Ausschussmitgliedern der Fraktion DIE LINKE. Die Aussagen dauerten zusammengenommen rund 100 Stunden, einiges davon durfte nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit gesagt werden. Darüber hinaus standen dem Ausschuss Beweismittel im Umfang von rund 1.600 Aktenbänden zur Verfügung. In fast allen Fällen hatte die Fraktion DIE LINKE die Beziehung dieser Unterlagen beantragt.

Inhaltlicher Schwerpunkt war vor allem die seinerzeit erfolglose Suche nach dem »Trio«. Inzwischen steht fest, dass sächsischen Behörden ab 1998 die Vermutung bekannt war, dass sich die Flüchtigen in Chemnitz aufhalten. Wiederholt wurden mutmaßliche Fluchthelfer abgehört und observiert – bei einigen davon steht heute fest, dass sie tatsächlich in Kontakt mit den Flüchtigen standen. Man war auf der richtigen Spur, nur verfolgte man sie nicht bis zum Ende. Das lag unter anderem daran, dass sich in Sachsen kaum jemand für



zuständig hielt – denn die Haftbefehle stammten aus Thüringen. Insbesondere das hiesige Landesamt für Verfassungsschutz, das sich selbst für ein »Frühwarnsystem« hält, blieb nicht lange am Fall dran.

Parallel ermittelten versierte KriminalistInnen zu einer umfangreichen Serie ungeklärter Raubüberfälle in Chemnitz und Zwickau, bei denen die Täter außergewöhnlich brutal vorgingen und scharf schossen. Auch diese Ermittlungen hat der Untersuchungsausschuss im Detail nachvollzogen. Ergebnis: Die Kripo tappte wirklich im Dunkeln. Denn dass parallel ganz nahe bei einigen Tatorten die untergetauchten Neonazis vermutet wurden, hatten die RaubermittlerInnen nicht erfahren. Wiederum andere BeamtInnen des Landeskriminalamtes erfuhren in den 2000er Jahren zwar von einer ausgedehnten Mordserie, die damals auch bei Behörden unter der diskriminierenden Bezeichnung »Dönermorde« bekannt war. Hier galt es, einige Spuren in Sachsen abzuklären. Aber zu den wirklichen Tätern führten sie nicht. Denn die BeamtInnen, die sich darum kümmerten, kannten weder die Fahndung nach dem »Trio«, noch die Raubserie. Es lagen viele Einzelinformationen vor, die für die Ermittlungen hätten entscheidend sein können. Aber sie flossen nirgendwo zusammen.

Ein Schwerpunkt der Ausschussarbeit war schließlich auch das Vorgehen der Polizei nach dem 4. November 2011, als die Existenz des NSU bekannt wurde. Um diese Ereignisse ranken sich viele Verschwörungsthe-

orien – die nunmehr als widerlegt gelten dürfen. Richtig ist allerdings, dass Polizei und Staatsanwaltschaft in Zwickau mit der Situation überfordert waren. Der Generalbundesanwalt übernahm alsbald den Fall, und er war es auch, der Zschäpe und einige ihrer Gehilfen vor Gericht stellte. Der Ausschuss hatte indes damit zu kämpfen, dass nicht mehr alle Akten, die er gebraucht hätte, zur Verfügung standen. Einige Unterlagen waren schon vernichtet worden, weil gesetzliche Löschfristen abgelaufen waren. Andere hatten mehrere Hochwasser weggeschwemmt. Und bei einzelnen Dokumenten ist immer noch unklar, warum sie weg sind.

Manche Fragen bleiben offen, obwohl der Untersuchungsausschuss seine Möglichkeiten weitgehend ausgeschöpft hat. Die Aufarbeitung des NSU-Skandals im Sächsischen Landtag war sogar eine der umfangreichsten und aufwändigsten parlamentarischen Untersuchungen, die es je in Sachsen gab. Darüber werden mehrere Abschlussberichte eine Bilanz ziehen, die demnächst erscheinen. Die Fraktion DIE LINKE wird dann gemeinsam mit den Grünen einen eigenen kritischen Bericht vorlegen. Einen Schlusstrich wird er nicht ziehen – mit dem Thema Rechtsterrorismus müssen wir uns weiter befassen.



# »Die Politiker ...« – nein, die gibt es nicht. Einige Klarstellungen

*Die Mitglieder der verschiedenen Parteien dienen unterschiedlichen Interessen, die dem Gemeinwohl nicht alle gleich nahe liegen. Wird – in aller Regel zu Recht – über Missstände geschimpft, ist trotzdem oft die Rede von »den Politikern«. Aber das ist ein Vorurteil, denn »die Politiker« gibt es nicht. Die Wählerinnen und Wähler können, heutzutage oft mit geringerem Aufwand als früher, durchaus herausfinden, welche Gruppierung den eigenen Interessen am nächsten ist. Auch zu einigen weiteren Sätzen, die wir in der täglichen Arbeit oft hören, möchten wir an dieser Stelle etwas anmerken.*

**Die interessieren sich doch  
nicht für unsere Probleme!**

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) oder auch die Integrationsministerin Petra Köpping (SPD) werden gemeinhin dafür gelobt, dass sie durch den Freistaat touren und den Menschen zuhören. Zuhören heißt aber noch lange nicht Handeln – obwohl dieser Anspruch bei den Regierungsparteien, die ja die Mehrheit im Parlament stellen und damit die Macht im Lande haben, durchaus richtig aufgehoben ist. Uns als Oppositionsfraktion fehlt bis zu einem entsprechenden Wählervotum die Möglichkeit, etwas praktisch zu verändern – aber es ist und bleibt unsere Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren und wirkliche Alternativen anzubieten.

Deshalb bemühen wir uns, Kritik und Anregungen, die Sie uns mitteilen, produktiv in die politische Auseinandersetzung einzuspeisen. 2018 wendete sich der Fraktionsvorsitzende Rico Gebhardt per Brief mit einem Gesprächsangebot an alle erreichbaren sächsischen Haushalte, woraus sich große Korrespondenz und zahlreiche »Hausbesuche« ergaben. Aber auch neben dieser Aktion versucht die Linksfraktion mit Touren, Veranstaltungen und öffentlichen Fraktionssitzungen nahe bei den Menschen zu sein. Für die Bürgerinnen und Bürger wollen wir immer ein offenes Ohr haben, auch wenn wir nicht bei allen Anliegen helfen können. Diese Arbeit koordiniert der Referent für Bürger\*innenanliegen der Linksfraktion, Kevin Reißig. Er ist unter 0351-493 5871 sowie unter [Kevin.Reissig@slt.sachsen.de](mailto:Kevin.Reissig@slt.sachsen.de) erreichbar.

**Wenn der Landtag tagt, ist der Saal meistens fast leer!**

Der Sächsische Landtag ist, wie alle deutschen Parlamente, kein Rede-, sondern ein Arbeitsparlament. Das bedeutet, dass die Hauptarbeit in den themenbezogenen Ausschüssen sowie in den Facharbeitskreisen der Fraktion geleistet wird, die nicht öffentlich tagen. Hinzu kommt die Arbeit in den Wahlkreisen, die angesichts der Größe mancher Flächenkreise enorme Herausforderungen an die Zeitplanung der oft wenigen Abgeordneten stellt, die für ein Gebiet zuständig sind und ansprechbar sein sollen. Die etwa 20 Plenarsitzungstage im Jahr dienen der Darstellung der parlamentarischen Arbeit gegenüber der Öffentlichkeit und dem politischen Meinungsstreit – daran beteiligen sich regelmäßig vor allem jene Abgeordneten, die sich in ihren Fraktionen mit dem jeweils in Rede stehenden Fachthema befassen. Auch an den Plenartagen nehmen Abgeordnete Termine im Hause wahr, betreuen zum Beispiel Besuchergruppen oder geben Interviews. Trotz alledem verfolgt freilich auch die Linksfraktion den Anspruch, im Plenum möglichst präsent zu sein.

**Die bekommen hohe Diäten und machen dafür zu wenig!**

Auch über die Abgeordnetenentschädigung entscheidet nicht

»der Landtag«, mithin nicht »die Politiker«, sondern stets die Mehrheit im Parlament. Zu dieser Mehrheit gehörte die Linksfraktion bisher nicht, und sie hat deshalb stets gegen Diätenerhöhungen gestimmt. Da wir sie trotzdem bekommen, hat die Fraktion einen Spendentopf eingerichtet, in den die Abgeordneten einzahlen und aus dem soziale, kulturelle und andere Projekte gefördert werden. Neben den Einzelentscheidungen zu Diäten-Erhöhungen, die in aller Regel für Furore sorgen, gibt es in Sachsen eine regelmäßige automatische Erhöhung der Bezüge entlang der wirtschaftlichen Entwicklung. Dieses Modell ist 2010 eingeführt worden, von der CDU, damals im Verbund mit der FDP, und wiederum gegen die Stimmen der Linksfraktion. Diese Regelung ist für die Regierenden herrlich bequem: Denn sie erspart ihnen alljährlich eine erneute öffentliche Debatte über die Höhe der Abgeordnetenbezüge. Es wäre uns lieber, wenn es uns möglich gewesen wäre, diese Diäten-Fehlentscheidungen zu verhindern. Doch dazu bedürfte es in Sachsen eines anderen, gegen die CDU gerichteten Wählervotums.

Zu den Zahlen: Die Mitglieder des Sächsischen Landtages erhalten derzeit (August 2018) eine monatliche Grundentschädigung von 5.804,20 Euro brutto, von der mithin noch Steuern und Sozialbeiträge abgehen. Parteibeiträge und Mandatsträger-Abgaben an die Parteien schmälern die Nettoeinkünfte zusätzlich. Einige

Abgeordnete schlüsseln detailliert öffentlich auf, darunter der LINKEN-Abgeordnete Marco Böhme: Er behält nach dem Abzug der regelmäßigen Ausgaben und von Spenden monatlich noch 2.060 Euro netto für sich. Das ist im Niedriglohnland Sachsen gewiss ein guter Verdienst, aber dieser liegt klar unterhalb der Summen, die etwa vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte oder Polizeibeamte der höheren Besoldungsgruppen nach einigen Berufsjahren verdienen erhalten. Dem steht zudem eine wöchentliche Arbeitszeit gegenüber, die oft über 50 Stunden liegt.

Zu den Diäten erhalten die Abgeordneten eine steuerfreie Kostenpauschale für ihre mandatsbezogenen Aufwendungen, die umso höher ist, je weiter ihr Wohnsitz vom Parlament entfernt liegt. Sie beträgt zwischen 3.223,38 Euro und 4.214,55 Euro. Daraus müssen Fahrtkosten, Büromieten, Kommunikationskosten und weitere Unkosten finanziert werden.

**Viele verdienen sich doch noch was dazu!**

Es ist richtig, dass auch linke Politiker ein Glaubwürdigkeitsproblem bekommen und sich mit berechtigten Fragen konfrontiert sehen, wenn sie neben dem Mandat Nebeneinkünfte haben. Um unabhängig zu sein, sollten Politikerinnen und Politiker möglichst keine Nebenbeschäftigung ausüben und sich voll auf ihr Mandat konzentrieren. Denn die Diäten stellen ein überaus gutes Auskommen sicher. Ihr Sinn liegt ja gerade darin, Volksvertreter finanziell unabhängig zu machen, um Korruption zu vermeiden. Allerdings verdienen die wenigen LINKEN Abgeordneten, die nebenher im geringem Umfang ihrem Beruf nachgehen, auch Verständnis. Sie bewahren sich ein zweites berufliches Standbein, denn in der Politik kann die Laufbahn an jedem Tag plötzlich vorbei sein – dazu kann heute schon eine unbedachte Äußerung ausreichen. Aber eine Nebentätigkeit darf die Ausübung des Parlamentsmandats keineswegs beeinflussen oder beeinträchtigen. Entscheidend ist, wessen Interessen Politikerinnen und Politiker vertreten.

# Kommen & Gehen

*Auch in dieser Wahlperiode hat sich die Fraktion verändert – drei Abgeordnete schieden aus, drei rückten für sie nach.*

■ 19. November 2015

**Sorbischer Abgeordneter Heiko Kosel wieder im Landtag – frakcija Lěwicy ma zaso serbskeho zapóstanca: Hajka Kozela**



Nach einem Jahr Unterbrechung hat die Linksfraktion wieder einen sorbischen Abgeordneten: Heiko Kosel (49), der dem Parlament schon von 1999 bis 2014 angehörte, ist in den Landtag zurückgekehrt, nachdem die Dresdner Abgeordnete Annekatrin Klepsch in das Amt der Kulturbürgermeisterin der Landeshauptstadt gewählt worden ist. Zu seinem Wiedereintritt sagte Heiko Kosel: »Selbstverständlich wird die Vertretung der Belange des sorbischen Volkes im Sächsischen Landtag wie schon in der Vergangenheit so auch in der Zukunft im Mittelpunkt meiner Arbeit stehen.« Kosel wurde 1966 in Bautzen geboren, er ist Rechtsanwalt und Historiker.

■ 22. Februar 2017

**René Jalaß rückt für Sebastian Scheel nach**



Nach der Mandatsniederlegung des Parlamentarischen Geschäftsführers der Linksfraktion im Sächsischen Landtag, Sebastian Scheel, der neuer Staatssekretär für Wohnen in Berlin wurde, rückte der Sozialpädagoge und gebürtige Leipziger René Jalaß in den Landtag nach. Zum Start seiner Arbeit als Landtagabgeordneter erklärt René Jalaß: »Ich bin jetzt da. Da müsst ihr jetzt durch.« Zuvor war er als Referent im Ministerbüro und Leiter des Ministerbüros sowie des Leitungsstabs im Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport beschäftigt. In der Linksfraktion bearbeitet er die Themen Wissenschafts- und Hochschulpolitik sowie Drogen- und Netzpolitik.



■ 9. August 2017  
**Antje Feiks rückt für  
Falk Neubert nach**



Falk Neubert wirkte seit 1999 für die PDS bzw. die LINKE im Landtag – zuletzt als Medien- und Hochschulpolitiker. 2017 wechselte er als Referatsleiter für Öffentlichkeitsarbeit und Strategie ins Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. An seiner Stelle zog Antje Feiks als Nachrückerin in den Landtag ein. Die diplomierte Betriebswirtin (BA) wurde 1979 in Riesa geboren und ist Landesvorsitzende der sächsischen LINKEN. In der Fraktion spricht sie für den Bereich Medienpolitik.

# Enquete-Kommission: LINKE Impulse für menschenwürdige Pflege

*Das Thema Pflege beschäftigt Jung und Alt: Wer kümmert sich um mich, wenn ich pflegebedürftig werden sollte? Reicht die Rente für den Pflegeplatz? Kann ich meine Eltern selbst pflegen, wie organisiere ich das alles? Und wer bezahlt?*

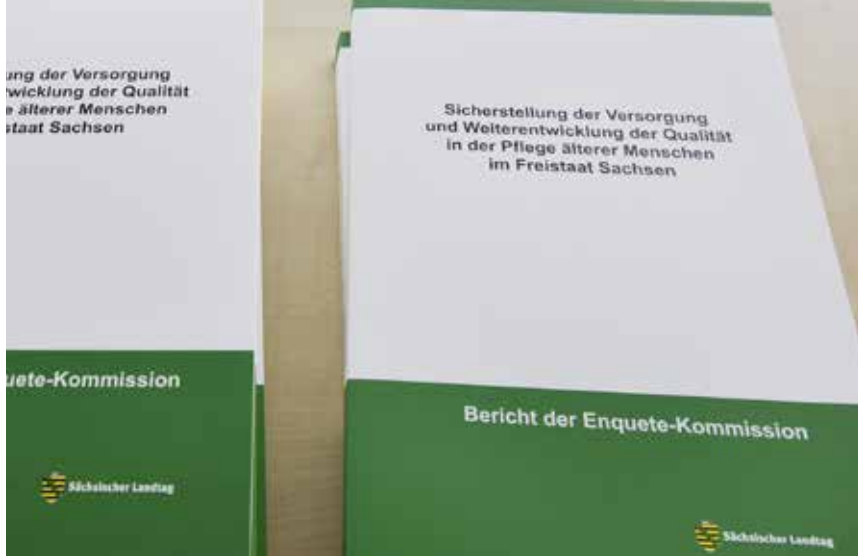
*Im Niedriglohnland Sachsen ist der Pflegenotstand nicht nur in Pflegeheimen und bei Pflegediensten spürbar. Er ist längst in den Familien angekommen. Viele Pflegebedürftige und ihre Angehörigen müssen hunderte Euro zusätzlich im Monat für Pflegeleistungen zahlen. 1.300 bis 1.600 Euro Eigenanteil werden inzwischen für einen stationären Pflegeplatz fällig. Oft ist die Rente zu niedrig, die Leistungen der Pflegeversicherung reichen ohnehin nicht. Wer Angehörige zuhause pflegt, ächzt unter der mentalen wie körperlichen Belastung, fürchtet oft um den eigenen Job und um die Rente. Ein Teufelskreis!*

*Im Landtag hat eine Kommission aus Abgeordneten und Experten seit 2015 Auswege gesucht. Auf 400 Seiten reihen sich Empfehlungen der Enquete-Kommission »Sicherstellung der Versorgung und Weiterentwicklung der Qualität in der Pflege älterer Menschen im Freistaat Sachsen« (Landtags-Drucksache 6/15400) aneinander: zu Pflegebedürftigen, ihren Angehörigen und dem Ehrenamt; zum Arbeits- und Berufsfeld Pflege; zur pflegerischen Versorgungsinfrastruktur. Die Linksfraktion konnte wesentliche Vorstellungen und Forderungen im Bericht unterbringen. So unterstützen wir beispielsweise die folgenden Forderungen ausdrücklich:*

## **Für gutes Leben und Wohnen trotz Pflegebedarfs**

- Pflegebedürftige sollen so lange wie möglich zuhause wohnen können
- Mehr sozialen Wohnraum schaffen und unkompliziert barrierefreie Umbauten fördern

- generationenübergreifende Quartiersentwicklungskonzepte mit Beteiligung aller relevanten Akteure (Kommunen, Bürger\*innen, Pflegeeinrichtungen, Wohnungsunternehmen, lokale Dienstleister / Nahversorger) entwickeln



- Mehr Fördermittel, um den öffentlichen Raum barrierearm bzw. barrierefrei zu machen

### **Für pflegende Angehörige**

- Ausbau des Systems der Pflegekoordinatoren (finanziell und personell) und Weiterentwicklung der Pflegenetze, Integration der Hausärzte in Pflegenetze
- Gesundheitsförderung, Prävention und Reha für Pflegebedürftige und Pflegende stärken
- spezialisierte Fort- und Weiterbildungsangebote für beruflich Pflegende und Angehörige fördern
- politische Mitbestimmung für pflegende Angehörige ermöglichen
- Pflegeübernahme darf sich in sozialversicherungsrechtlicher Hinsicht nicht nachteilig auf die Erwerbsbiografie auswirken!

### **Für beruflich Pflegende**

- mobile Versorgungsangebote und Wegekosten ausreichend vergüten
- bundeseinheitliche tarifgebundene Ausbildungsvergütung in der Pflege, bundesweit einheitliche Lehrpläne und Qualifikationsanforderungen an Lehrkräfte einführen
- verbindliche, am Bedarf der Pflegebedürftigen orientierte Personalschlüssel absichern, die qualitativ gute Pflege ermöglichen
- Interessierte ausreichend über Berufsalltag, Aufstiegsmöglichkeiten etc. informieren
- fachbezogene Weiterbildungen in Personalbemessung und Vergütung abbilden
- bundeseinheitliches und wissenschaftlich fundiertes Personalbemessungsinstrument einführen, Personalrichtwerte in Landes-

rahmenverträge mit den Pflegeanbietern integrieren

- altersgerechte Arbeitsmodelle fördern
- Dokumentation so weit wie möglich vereinfachen (insbesondere Digitalisierung)

In einem sogenannten Minderheitenvotum legten die Mitglieder der Linksfraktion in der Kommission zudem weitere Forderungen nieder. Forderungen der Fraktion DIE LINKE, die über den Berichtstext hinausgehen, sind zum Beispiel die Folgenden:

- Für Krankenhäuser und Pflegeheime muss es verbindliche Personalbemessungsvorgaben geben, die eine qualitativ gute Pflege sichern und die Beschäftigten vor Überlastung schützen.
- Um mehr Menschen für die Ausbildung im Berufsfeld Pflege zu gewinnen, muss über Anreize wie beispielsweise »Examensprämie«, Einstellungsgarantien u. ä. nachgedacht werden. Die Ausbildung für alle pflegeassoziierten Berufsgruppen sollte für die Auszubildenden kostenfrei sein. Im Zuge der Umsetzung des Pflegeberufe-Reformgesetzes sollen die Bundesländer die Curricula für die Ausbildung abstimmen, die akademisiert werden sollte.
- Die Lohndifferenzen zwischen Beschäftigten in der Altenpflege und in den Krankenhäusern müssen überwunden werden. Wir wollen

einen Flächentarifvertrag, der mindestens 3.000 Euro Bruttoverdienst pro Monat für Pflegefachkräfte sichert. Der Pflegemindestlohn muss bei mindestens 14,50 Euro liegen und bundeseinheitlich sein.

- Es müssen Anreize geschaffen werden, die beruflich Pflegenden im Beruf halten, z. B. »Durchhalteprämien«. Grundsätzlich sollte der Gesetzgeber Berufsgruppen, die für die Daseinsvorsorge besonders wichtig sind (Erziehungsarbeit, Sozialarbeit, Rettungsdienst, Feuerwehr ...), definieren und diese besonders fördern. Denkbar wären z. B. doppelte Rentenpunkte.
- Für pflegende Angehörige darf die Übernahme von Pflegeverantwortung nicht einhergehen mit Armutsrisiko; ihr Engagement muss sozialversicherungsrechtlich wie Kindererziehungszeiten behandelt beziehungsweise eine Entgeltersatzleistung gezahlt werden.
- Pflegende Angehörige sollen das Recht auf Freistellung von der Arbeit bis zu einem Jahr haben, analog zu Kindererziehungszeiten. Die Beiträge an die Rentenversicherung für pflegende Angehörige sollen erhöht werden.
- Insbesondere für die Sicherstellung der ambulanten Versorgung im ländlichen Raum sind Fahrtkostenpauschalen notwendig sowie eine Reform der Leistungsvergütung mit dem Ziel, dass jede Einzelleistung



vergütet wird. Zudem sind neue Versorgungskonzepte notwendig. Diese sind auszubauen, zum Beispiel sollten flächendeckend Gemeindeschwestern eingesetzt werden. Außerdem empfiehlt sich die Einrichtung von Multifunktionshäusern, die über die Woche verteilt von unterschiedlichen Anbietern (Sozialberatung, mobile Dienstleistungen etc.) genutzt werden.

Ursache für die Misere in der Pflege und größter Dissens in der Kommission bleibt die Frage der Finanzierung. Die Wurzel allen Übels ist der Umstand, dass die Pflegeversicherung als Teilleistungssystem konzipiert worden ist. Sie bietet weder eine ausreichende Absicherung für die Gepflegten noch gute Löhne und Arbeitsbedingungen für die Pflegenden. Wir empfehlen dem Bund, zur Finanzierung der tariflichen Entlohnung eine regelmäßige Dynamisierung der Pflegeleistungen vorzunehmen. Vor allem aber wollen wir eine Pflegevollversicherung, in

die alle Bürgerinnen und Bürger, auch Selbstständige und Beamte, solidarisch einzahlen und in der alle pflegerisch notwendigen Leistungen von den Pflegekassen bezahlt werden. Die Beitragsbemessungsgrenze muss entfallen, damit Menschen mit hohen und höchsten Einkünften aus Kapital und Arbeit nicht länger von einem Teil ihrer Beitragspflicht befreit sind. Die Pflegefachkräfte könnten endlich mehr Geld bekommen, ohne Pflegebedürftige oder ihre Angehörige zusätzlich zu belasten. Wir sind der Auffassung, dass das Risiko, pflegebedürftig zu werden, von der Solidargemeinschaft zu tragen ist.

Die Linksfraktion fordert, dass die Regierung nun zügig die Empfehlungen umsetzt. Viele Handlungsempfehlungen richten sich an den Bundesgesetzgeber. Der Freistaat kann jedoch vieles selbst angehen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der jeder menschenwürdige Pflege nach dem Stand der Wissenschaft erhalten kann. Und zwar ohne Kopfzerbrechen, ob man sie sich leisten kann!

# Wie sind wir erreichbar?

Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden  
Tel. 0351 493 5800  
Fax 0351 493 5460  
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de



[www.linksfraktionsachsen.de](http://www.linksfraktionsachsen.de)



[www.facebook.com/linksfraktionsachsen](https://www.facebook.com/linksfraktionsachsen)



[www.twitter.com/LINKE\\_LTSachsen](https://www.twitter.com/LINKE_LTSachsen)



[www.instagram.com/linksfraktionsachsen](https://www.instagram.com/linksfraktionsachsen)



[www.youtube.com/user/linksfraktionsachsen](https://www.youtube.com/user/linksfraktionsachsen)



[www.flickr.com/photos/linksfraktion-sachsen](https://www.flickr.com/photos/linksfraktion-sachsen)

## **Impressum**

Stand: Juni 2019  
Herausgeber: Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag  
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann  
Fotos: Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden  
Telefon: 0351 493-5800, Telefax: 0351 493-5460  
E-Mail: [linksfraktion@slt.sachsen.de](mailto:linksfraktion@slt.sachsen.de)  
<http://linksfraktion-sachsen.de>

*Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteienwerbung eingesetzt werden.*

